

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wortzahl 2,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepalte Kolonelle
Seite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerbliche Verordnungen
und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 16. August 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Unterschreibt die Petitionen gegen den Zollwucher!

Die Belastung des Arbeiter-Einkommens durch die Kornzölle.

Unter diesem Titel hat Paul Rombert, ein Münchener Nationalökonom, soeben im Verlag von G. Fischer in Jena eine Schrift veröffentlicht, in der er genaue Zahlen über die Stärke der Belastung der deutschen Arbeiterschaft durch die geplanten Wucherzölle gibt. Das Resultat, zu dem der Verfasser auf Grund eingehender Beweisführung kommt, bestätigt eindringlich das Wort vom Brotwucher und ist geeignet, die Entrüstung wider den junkerlichen Hungerzoll in der deutschen Arbeiterschaft noch zu steigern.

Unter den wissenschaftlichen Befürwortern der Kornzölle ist Adolph Wagner der einzige, welcher ehrlich anerkennt, daß die geplante Getreidezoll-Erhöhung zu einer allgemeinen Volksverelendung und Bevölkerungsabnahme führen muß. Die andern Gelehrten des Wucherzolls versuchen bis heute, die Masse der Konsumenten über die Wirkung der Brotverteuerung zu täuschen. Nachdem niemand mehr auf die plumpe Lüge, „das Ausland trägt den Zoll“, hereinfiel, erklärten die Vertreter der „Mittelstandspolitik“, die Bäcker und Müller tragen den Zoll und diese würden hauptsächlich geschädigt, weniger die Konsumenten. Aber auch dieser agrarische Einwand konnte sich langjährigen gegenteiligen Erfahrungen gegenüber nicht halten, und die Untersuchungen von Laspeyres erwiesen ihn als theoretischen Unsinn. Da trat noch Professor Diehl auf den Kampfplatz und machte in seiner Schrift „Kornzoll und Socialreform“ für die Meinung Propaganda, die durch die Erhöhung der Kornzölle verminderte Kaufkraft der Löhne würde durch positive Lohn erhöhungen ausgeglichen werden.

Romberts Verdienst ist es, neben seinen genauen Berechnungen über die sozialen Wirkungen der Brotverteuerung auch die diehlische Beweisführung in anerkennenswerter Weise wiederlegt zu haben.

Der Verfasser geht von der Ansicht aus, nur dann könne man einen genauen Grundriss der Wirkung der Brotverteuerung bekommen, wenn man auf Grund von Arbeiterhaushalts-Budgets berechnet, wie hoch der einzelne Arbeiter und die ganze Arbeiterfamilie belastet wird, und das Resultat dann verallgemeinert. Die Berechnungen über den durchschnittlichen Jahreskonsum des einzelnen an Brot, die man auf Grund der Verzehrsstatistik erhält, geben gar keinen genügenden Aufschluß. Denn in den minderbemittelten Klassen steht der Brotkonsum vielfach über dem des Durchschnitts der Bevölkerung, vielfach ist er auch geringer, da wo das Einkommen zum Brotkauf nicht ausreicht, und die Kartoffel als Surrogat auftritt.

Rombert verwendet zu seinen Berechnungen 75 Arbeiterbudgets, durchweg amtliche Material, und zwar solche von besser gestellten Arbeitern, da es leider nur bei diesen möglich ist, genau geführte Haushaltungs-Berechnungen zu erhalten, bei der großen Masse der Arbeiterschaft hat die Brotverteuerung noch weit mehr eine verelendende Wirkung, als bei den unteren.

Bereits der heutige Zoll von 8,50 M. belastet einen der befragten Arbeiter mit 12,85 M., einen andern mit 10,1 Proz. seines Einkommens. Eine der untersuchten Familien zahlt bereits heute eine Wochsteuer von 72,31 M., eine andre mehr als den zehnten Teil ihres Verdienstes an die Agrarier. Die durchschnittliche Belastung der Familien beträgt bereits bei dem heutigen Zollsaß 31,79.

Das Durchschnittseinkommen der 75 bessergestellten Arbeiterfamilien beträgt jährlich 1138,8 M.; dies entspricht einem täglichen Verdienst von rund 3,8 M. Bei dem heutigen Zoll also müssen die betrachteten Arbeiterfamilien von 300 Arbeitstagen 8 1/2 Tage arbeiten, um die Wochsteuer anzubringen.

Sollten aber die geplanten Wucherzölle auf Roggen und Weizen durchgehen, so würde einer der betrachteten Arbeiter 22,87 M., ein andrer 18,01 Prozent seiner Einkünfte den Brotwucherern in den Schoß werfen. Einer Arbeiterfamilie brächten die erhöhten Getreidezölle einen Einnahmeverlust von 129,29 M., einer andern einen solchen von fast einem Fünftel ihrer Einkünfte. 15 1/2 Tage im Jahre müßten durchschnittlich die betrachteten Arbeiterfamilien der Brotwucherern Frondienste leisten, um den Zollbetrag aufzubringen zu können.

Bei alledem ist hier immer nur von den Zöllen auf Brotlohn die Rede. Die Belastung durch alle übrigen Zölle und indirekten Steuern ist nicht in Betracht gezogen.

Die Folgen dieser exorbitanten Brotverteuerung für die arbeitende Bevölkerung sind furchtbar. Die Ernährung des deutschen Arbeiters, der schon heute weit schlechter lebt als der englische, französische und holländische, wird noch auf ein tieferes Niveau sinken. Fleisch und Brot wird durch Kartoffeln ersetzt werden müssen oder Fleisch durch Brot und Kartoffeln. Bei den ärmsten Familien, wie bei den schlesischen Webern, wo der Fleischkonsum schon heute gleich Null ist, ebenso bei der großen Masse der ländlichen Tagelöhner Ostpreußens wird infolge der Brotverteuerung quantitativ überhaupt weniger verzehrt werden müssen.

Infolge der einformigeren, geschmackloseren, weniger resorptionsfähigen Ernährung wird die Verdauung verschlechtert und die Gesundheit der Arbeiter aufgegeben. Eine vorwiegend aus Kartoffeln bestehende Nahrung wird erfahrungsgemäß den Beamtweinkonsum — auch nicht gerade zum Schaden der Junker! — in die Höhe schrauben. Nerven, Lungenkrankheit und Tuberkulose werden

in den geschwächten Körpern der Arbeiter wirken. Die Kindersterblichkeit wird überhandnehmen. Der Wunsch des Arbeiterfreundes Adolf Wagner wird in Erfüllung gehen! Und wenn dann, was sich bestimmt einstellen wird, die Kriminalität im Volke überhand nimmt, werden die Brotwucherer über die zunehmende Verderbnis der Zeit klagen und nach neuen Zuchthausgesetzen schreien.

Das bisherige armselige Lügen, dem ein Teil unserer Arbeiter bisher etwa noch zu treiben im stande war, müßten sie sich an der Ernährung absparen. Auch das wird aufhören, wenn wir die Wucherperiode bekommen, und dann kann Adolf Wagner politisch deklarieren, daß die sociale Frage keine Messer- und Gabelfrage ist.

Daß aber die Arbeiter, wenn wir die höheren Zölle bekommen, Aussicht haben, durch positive Lohn erhöhungen die gesunkene Kaufkraft ihrer Arbeitslöhne auszugleichen, wie Professor Diehl meint, ist gänzlich ausgeschlossen. Die gewerblichen Arbeiter sowohl als die landwirtschaftlichen haben ebenso noch mit positiven Lohnreduktionen zu rechnen.

Es ist bekannt und wird selbst von den Agrariern kleinlaut zugegeben, daß unsere Exportindustrie unter einer Erhöhung der Getreidezölle empfindlich zu leiden haben wird. Also wird die Produktion eingeschränkt werden müssen. Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen sind die Folge.

Die entlassenen Arbeiter der Exportindustrie werden auch auf den Lohn derjenigen Arbeiter drücken, die für den inneren Markt arbeiten. Frauen- und Kinderarbeit wird in erhöhtem Maße eingreifen, um die durch die Getreidezölle geschaffenen Lohnausfälle wieder einzubringen; so wird der Lohndruck sich noch weiter verstärken.

Aber auch der innere Markt, den die Agrarier angeblich stärken wollen, wird auf das empfindlichste durch die Wirkungen der Kornzölle getroffen. Es ist klar, daß die ganze Masse der durch die Kornzölle getroffenen Arbeiterschaft weniger Schuhe, Strümpfe, Kleider etc., die bisher fast durchweg aus dem Ausland bezogen werden, kaufen kann, und daß bei der ganzen Masse des durch die Agrarzölle geschädigten ländlichen Proletariats dasselbe der Fall ist. Auch wird die Arbeit einer durch die Kornzölle in ihrer Lebenshaltung verschlechterten Arbeiterschaft erfahrungsgemäß geringwertiger, die deutsche Industrie dadurch weniger konkurrenzfähig werden, worunter in letzter Linie der Arbeiter wieder zu leiden haben wird.

Der „innere Markt“ wird nur insofern gestärkt, als die Großgrundbesitzer in die Lage kommen, ein noch „standesgemäheres“ Leben zu führen. Diese Herren werden aber auch sonst ihre höchsten Hoffnungen erfüllt sehen. „Gerade, so führt der Verfasser der vorliegenden Schrift aus, von agrarischer Seite erwartet man aber als Wirkung der Getreidezölle einen Stillstand in unserem industriellen Aufschwung, womöglich eine Rückentwicklung der Industrie, eine Winderung der Löhne der in ihr beschäftigten Arbeiter, die sie zur Rückkehr auf das Land veranlassen. Man erwartet von den Zöllen eine solche Steigerung des Arbeitsangebots auf dem Lande, daß man die stattgefundenen Lohn erhöhungen, über die man als über etwas Unerträgliches klagt, wieder rückgängig zu machen im stande ist. Auch dürfte diese Erwartung wohl teilweise durch die Erfahrung bestätigt werden. Wenn die Getreidezölle erhöht werden, dürfte, wie gezeigt, ein solcher Stillstand, ja Rückgang in der industriellen Entwicklung eintreten, ein solcher Ueberfluß von Arbeitern sich einstellen, daß die Agrarier die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter wieder herabsetzen können.“

Die Arbeit Romberts ist dankenswert und bietet für die Agitation gegen den Brotwucher ein unschätzbares Material. An seinen Berechnungen werden auch Virtuosen der Fälschung, wie sie sich zahlreich im agrarischen Lager befinden, nicht rütteln können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August.

Der Zollwucher.

Die agrarisch-centralverbändlerische Episode ist noch nicht abgeschlossen. Aber die Sammelpolitiker sind fleißig bemüht, den ausgebrochenen Zwist beizulegen. Die „Post“ legt sich eifrig ins Zeug, um jede Gefährdung der „Interessensolidarität“ zwischen Industrie und Landwirtschaft“ abzuwehren. Sie will die seit der Erklärung des Centralverbands-Direktoriums ein wenig kisternende Solidarität wieder festigen, indem sie den reizenden Vorschlag macht, daß auch der Großindustrie Mindestzölle gewährt werden sollen gleich der Landwirtschaft; sie schreibt:

„Geh, wie der Wortlaut der Rundgebung des Direktoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller anzudeuten scheint, die Auffassung dieser Körperschaft dahin, daß die Parität zwischen Landwirtschaft und Industrie auch in Bezug auf die Festsetzung von Minimalzöllen zu wahren sei, so würde sich daher als Grundlage einer gemeinsamen Aktion von Landwirtschaft und Industrie die Ergänzung des Zolltarifs Entwurfs durch Festsetzung von Minimalzöllen wenigstens bei einigen derjenigen Zollpositionen empfehlen, auf welche die deutsche Industrie im Interesse eines wirklichen Schutzes gegen den Wettbewerb des Auslandes das größte Gewicht legt. Es wäre dies natürlich nur einer der Wege, welcher zu dem Ziel der Aufrechterhaltung der Interessensolidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft und dem Zusammenhalten der schutzzöllnerischen Mehrheit

des Reichstags führen könnte. Sollte er sich als ungangbar erweisen, so würde er eben nach einem andren Wege zu diesem, im Interesse des heimischen Erwerbsebens auf jeden Fall zu erreichenden Ziel zu suchen sein.“

Dieselbe „ausgleichende Gerechtigkeit“ für Großindustrie und Großgrundbesitz befürwortet die „Konf. Korresp.“, die zugleich erklärt, sie zweifle nicht daran, „daß diese Sammlung erzielt wird“. Auch wir zweifeln nicht daran, daß die beiden Wuchergruppen sich „paritätisch“ zusammensuchen werden; sie werden ihre kleinen Differenzen begleichen, um gemeinsam die Bewucherung des Volkes zu genießen.

Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß die Agrarier auf die sofortige gesetzliche Festlegung von landwirtschaftlichen Mindestzöllen verzicht leisten müssen. Wäre das aber Anlaß zur Freude für die Gegner des Hochschutzes? Keineswegs. Die etwaige Aufgabe einer Zollheit, die von vornherein jeden Handelsvertrag unmöglich macht, würde die verheerenden Wirkungen eines sehr unangünstigen Handelsvertrags nicht abhalten, sondern sie geradezu sicherstellen. Man könnte geneigt sein, die Beibehaltung der Mindestzölle einem agrarischen Einheitszoll vorzuziehen. Dann würden die Folgen dieser unsinnigen Politik schnell und wuchtig hereinbrechen und es würde vielleicht eine gründliche Wendung herbeigeführt werden können.

Thatsächlich beginnen bereits extreme agrarische Blätter sich gegen die Mindestzollkaufel zu wenden. Die „Hamburger Nachr.“, hinter denen allerdings nur noch Herbert Wisnand steht, führen aus:

„Die Bedenken des Centralverbandes gegen den Minimaltarif entbehren nicht der Berechtigung. Die Erfahrung anderer Länder hat gelehrt, daß die mit der Aufstellung des Minimaltarifs verbundene Absicht nicht erreicht wird. Beim Abschluß von Handelsverträgen kommt das Land, welches einen Minimaltarif aufgestellt hat, in eine schlechtere Lage, als Länder ohne solchen, weil die letzteren von dem erstieren dessen Minimaltarif als selbstverständliches Minimum seiner Konzessionen beanspruchen, welches einer Gegenleistung gar nicht mehr bedarf, indem ja schon die gegenwärtigen Faktoren diese Zugeständnisse a priori sanktioniert haben. Steht eine solche Bestimmung einmal im Zollgesetz eines Landes, so werden die Unterhändler eines jeden andren Landes sie dahin anlegen, daß sie einen ihnen gewissermaßen verbrieften Anspruch darauf hätten, indem sie unter die Weisbegünstigung fielen, welche jedes Land einem andren a priori einräumt, mit dem es handelspolitisch transigiert, daß also deshalb diese Minimalzölle keine besonderen Konzessionen an ihr Land bedeuteten, also auch keine besondere Gegenleistung für ihre Einräumung zu gewähren sei. Damit würde unseren Unterhändlern der Abschluß von Handelsverträgen erheblich erschwert, weil ihnen die besten Krämpfe von vornherein aus der Hand genommen wären.“

Es erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Regierung die agrarischen Mindestzölle nur als Aufschlagsforderung betrachtet, zum Abhandeln bestimmt. Die eigentliche Gefahr liegt weniger in dieser Ueberforderung, deren Verwirklichung ein schnelles Ende mit Särcden bringen würde, das besser wäre als der hochschutzzöllnerische Schrecken ohne Ende. Die Gefahr liegt nicht bei der Handvoll agrarischer Schreier vom Landwirtebunde, sondern vielmehr bei den Pfiffigeren der „mittleren Linie“, bei den Vorkämpfern vom Centrum, von den Nationalliberalen, von den Regierungskonservativen, die eine Politik des jähen Zusammenbruchs meiden, um die Politik der langsamen Ausschöpfung der arbeitenden Klassen zu Gunsten der Bestgehenden zu begründen.

Ein agrarischer Erfolg. Der Reichskanzler hat nach der offiziellen Münchener „Allg. Ztg.“ den Agrariern die Freude bereitet, die von ihnen heftig angegriffene Verästelung des Volkischen Telegraphenbureaus über die dem Zolltarif unangünstigen Aeußerungen des Auslands zu rügen.

Geschäftsordnung des Reichstags. Die „Deutsche Tageszeitung“ bestätigt heute, daß der Plan einer Änderung der Reichstags-Geschäftsordnung zu Gunsten der Zollwucher-Parteien besteht, indem sie erklärt: „Daß man eine Abänderung der Geschäftsordnung herantreibt, liegt im Bereich der Möglichkeit.“

Waldersees Rednerpoch.

Bei der Rückkehr des Ex-Weltmarschalls beobachtete auch der Teil der bürgerlichen Presse, der es gelegentlich an einer stacheligen Kritik allzu theatralischer Einzelheiten des China-Kreuzzugs nicht hatte fehlen lassen, ein schonendes Schweigen. Man mochte fühlen, daß es den trotz alledem doch Mißbilligenden nicht gut anstehe, eine Politik weltpolitischer Abenteuerlust zu kritisieren, der man einen kategorischen und prinzipiellen Widerstand nicht entgegenzusetzen gewagt hatte.

Aber Waldersee hatte kaum den heimatischen Boden wieder betreten, als ihn wieder jenes Redefieber ergriff, an dem er bei seinem Auszug so bedenklich laboriert hatte. Statt sich damit zu begnügen, auf die Ansprachen, mit denen man ihn in Hamburg und Hannover haranguierte, mit ein paar höflichen Wendungen zu antworten, verließ er ganz im Stills seiner vorjährigen Leistungen lange Reden mit welt- und zukunftspolitischen Ausblicken, die auf die Rolle, die der Weltmarschall in China gespielt, und die Thaten, die er dort vollbracht, paßten wie die Faust aufs



Auge. Und mit dieser übel angebrachten Renommisterei verband er den auffälligen Titel, sich nur als den Handlanger einer hinter ihm stehenden Person zu bezeichnen, an deren Adresse eigentlich alle ihm gemachten Komplimente zu richten seien. Da dieser schlaue Höflichkeitsbrauch seit geraumer germanischer Geldernte geworden ist, und Waldersee's höfliche Talente längst die verbiente Anerkennung gefunden haben, glaubten wir aus der Sache kein großes Wesen machen zu sollen.

Unders die liberale bürgerliche Presse, die in Waldersee, dem Kriegsmann und Hösling, den ehrgeizigen, machtlustigsten Repräsentanten der Mädelerei und Stückerlei haßt und fürchtet, und der sich zugleich die günstige Gelegenheit bietet, einiges von jenen Liebenswürdigkeiten an den Mann zu bringen, die man in den Begrüßungsartikeln unterdrücken mußte.

Die „Wolfs-Zeitung“ begann den Reigen. Ihr monarchisches Gefühl empörte sich dagegen, daß die Verantwortung für das China-Abenteuer im Guten wie im Bösen dem Kaiser zugewälzt werden sollte. Und eht freisinnig spielte sie den Kaiser und die Kaiserin Friedrich gegen den Mann aus, der die Kunst des jetzigen Monarchen mißbrauchen zu wollen scheint. Das verstorbene Kaiserpaar habe den Einfluß Waldersee's auf Wilhelm II. niemals für einen glücklichen gehalten. Daß der Freisinn dergestalt nochmals in Kaiser Friedrich-Erinnerungen schweifte, war ja ebenfalls nichts Besonderes; aber auch die rechtsliberale Presse, ja selbst Centrumsblätter, richteten alsbald scharfe Angriffe gegen den „kommenden Mann“.

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ findet es taktlos und den bisherigen guten Traditionen der Armee widersprechend, daß ein untergeordneter Offizier dem höchsten Kriegsherrn in einer derartigen Form Schmeicheleien sage. Durch eine solche Erteilung von Anerkennung, wie sie Waldersee zu spenden für gut befunden habe, werde das ganze Rang- und Autoritätsverhältnis verschoben.

Die „National-Ztg.“ spricht von dem „ruhmbredigen und herausfordernden Zug“ in den Reden Waldersee's und findet es ebenfalls ungebührlich, die Person des Kaisers in den Vordergrund zu schieben. Das Blatt schreibt schließlich:

„So viel ist sicher, daß alle die ruhmgekrönten Feldherren unserer großen Arzige von 1866 und 1870 zusammen über diese Kämpfe nicht so viel öffentlich geredet haben, wie Graf Waldersee anlässlich des militärisch unbedeutenden chinesischen Feldzuges „vor, bei und nach der respektiven Veranlassung“, wie es in einer französischen Postle hieß, die vor Jahren gespielt wurde. Wir wollen uns auf den Ausdruck der Hoffnung beschränken, daß es nun mit den Waldersee-Reden zu Ende sei; wir glauben nicht, daß irgend jemand nach einer neuen Serie Verlangen trägt.“

Die „Sam. d. R.“ sagten: „Wenn Graf Waldersee über den Verdacht erhaben ist, dem Monarchen öffentlich zu schmeicheln und jede etwaige Eifersucht im Reime erlösen zu wollen, so bliebe zur Erklärung seiner dreimal wiederholten Bezeichnung des Kaisers als alleinigen Ueberberr der chinesischen Expedition nur die Annahme übrig, daß er in Form einer Huldigung dem Kaiser wie die Initiative so auch die Verantwortung für die chinesische Aktion allein hat beigemessen wollen. Aber mit dieser Annahme würde man doch wohl fehlgehen, denn sie hätte zur Voraussetzung, daß sich Graf Waldersee selbst verantwortlich fühlte und diese Verantwortung gegenüber der zweifelhaften Stellungnahme der deutschen öffentlichen Meinung zu den Ergebnissen des chinesischen Unternehmens von sich abzuwälzen das Bestreben hätte, wovon natürlich bei ihm keine Rede sein kann, denn er war, wie er selbst gefühllos betont hat, nichts mehr als Ausführender der Befehle seines Herrn, also nichts mehr als „Handlanger“, wie unsere Offiziere sagen müßten, wenn sie den Mut dazu besäßen.“

Auch die heute vorliegenden Blätter, u. a. die „Frankf. Zeitung“, die „Rhein.-Westf. Ztg.“ und die „Köln. Volks-Ztg.“ spinnen die Kritik in einer ähnlichen Tonart fort. Das letztgenannte Blatt meint:

„Man hat dem Grafen Waldersee, und wohl nicht mit Unrecht, Absichten auf den Posten des deutschen Reichskanzlers nachgesagt. Es wäre doch recht bedenklich aus, wenn derartige Schmeicheleien und Redensarten für ein geeignetes Mittel gehalten werden dürften, den Posten zu erlangen. Wir können nicht finden, daß er seine Befähigung für das Reichskanzleramt in Hannover dargeboten habe.“

Wir haben natürlich keinen Anlaß, uns heute schon näher mit der Frage zu beschäftigen, wie wir uns zu dem Grafen stellen würden, wenn er das Ziel, welches er anscheinend verfolgt, erreichen sollte. Das aber können wir wohl sagen: ein Mann, der sich die höchste Stellung mit Reden zu erringen sucht, wie er sie in Hannover gehalten hat, würde uns wenig geeignet erscheinen.“

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ tadelt besonders die Ruhmbredigkeit über das angeblich in China Erreichte und die ganz überflüssigen und — für den Führer der „verbündeten“ Truppen — unbegreiflichen Spitzigkeiten gegen die rivalisierenden Mächte. Sie verlangt „Mehr Thaten — weniger Worte.“

Wir unsrerseits teilen die Aufregung der Blätter nicht. Mit dem Dekorativen und Rhetorischen des gegenwärtigen Aufreß sollte man sich doch längst abgefunden haben. Und wenn Waldersee, der schon seit so manchem Jahre als der kommende Mann gilt, wirklich Bälows Nachfolger werden sollte, so könnte in der äußeren wie in der inneren Politik schwerlich noch ein Wandel zum Schlimmeren eintreten. Bälows vertrat den China-Kreuzzug wie die 12 000 Mark-Schmach und den Brotwucher-Tarif — was bliebe da einem Waldersee noch zu thun übrig? Und im übrigen hat auch der große Veter und starke Krieger in China bewiesen, daß er sich trotz einem Bälows der vis major eherner Realitäten mit Grazie zu beugen versteht. Der moderne Alba vermag uns also kein Gruseln einzuflöschen.

Die „Times“ sagen über die Reden des Grafen Waldersee seit seiner Heimkehr: „Sie sind sicherlich unangebracht aus dem Munde eines Mannes, der soeben den hohen Posten eines internationalen Heerführers bekleidet hat, denn sie zeugen weder von Unparteilichkeit noch von Rücksichtnahme auf die Empfindungen der Nationen, deren Truppen er befehligte.“

## Deutsches Reich.

Zum Chef der Reichskanzlei an Stelle des als Oberpräsident nach Schleswig-Holstein gehenden Freiherrn v. Wilmowski ist der Regierungspräsident in Bromberg Conrad ernannt worden. Herr Conrad ist ostpreussischer Junker, konservativ und durchaus regierungsergeben; letzteres hat er bewiesen, indem er als Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses für die Kanalvorlage stimmte.

Bälows und Waldersee. Die „Deutsche Tagesztg.“ hält es für nötig, der Auffassung entgegenzutreten, als sei kein Geringerer als Graf Bälows der Impulsgeber jener gegen Waldersee's unziemliche Einschmelzungsversuche gerichteten Auslassungen der „Münchener Allgemeinen Zeitung“. Das Blatt habe ja selbst verschiedentlich mit aller Entschiedenheit bestritten, Bälows-offiziös zu sein, wie man ihm nachgesagt habe. Auch herrsche zwischen Bälows und Waldersee das beste Einverständnis. Auch hätten

die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ungewisselhaft recht, wenn sie meinten, es sei nicht der geringste Grund zu dem Kanzlerwechsel vorhanden, so lange nicht etwa die freihändlerische Richtung Ballins durchdringe.

„Daß Graf Waldersee früher einmal mit einigem Recht als der kommende Mann gelten konnte, ist bekannt. Heute denkt wohl niemand mehr daran, daß ein General die Würde des Reichskanzleramts auf sich nehmen werde. Die Spuren des Generals Caprivi scharren denn doch etwas zu sehr.“

Diese letzte Beweisführung erscheint nun nicht allzu überzeugend. Warum sollte einem Waldersee, den die von vornherein unmaßliche Rolle eines Weltmarschalls nicht schreckte, das Schicksal eines Caprivi schrecken? Warum sollte er sich gegebenenfalls nicht auch hier als der rechte Mann am rechten Platze fühlen?

Es handelt sich vielmehr um die Stimmungen und Einflüsse an einer andren Stelle.

Ueber Waldersee's Beziehungen zu dieser Stelle schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

„Graf Waldersee stieg nach dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers immer höher in der Günst der despotischen. Dann kam plötzlich ein Umschlag. Im Jahre 1891 wurde Graf Waldersee plötzlich seiner Stellung als Chef des Generalstabs, in die er unter dem gegenwärtigen Kaiser nach dem Tode Moltkes berufen war, entsetzt und zum kommandierenden General des 9. Armee-corps ernannt. Die Ursache davon ist noch nicht aufgeklärt. In militärischen Kreisen wollte man den Grund in gewissen Vorurteilen bei einem Kaisermanöver erblicken. Seit 1895 aber ist Graf Waldersee wieder personagrassissima. Er erhielt den Schwarzen Adlerorden, wurde General der Kavallerie usw.“

Die „Volks-Zeitung“ erklärt gegenüber unserer gestrigen Note über thörichte Vertrauensseligkeit in der Zollfrage, diese „Unterstellung“ treffe auf sie so wenig als möglich zu. Die „Volks-Zeitung“ führt dann aus, daß sie selbst gleichfalls freis vor Optimismus gewarnt habe.

Wir bestätigen der „Volks-Zeitung“ gern diese letztere Behauptung. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß ihre jüngste Korrespondenz aus Italien höchst geeignet war, die in liberalen und demokratischen Kreisen bestehende Reizung zu schädlichem Optimismus gegenüber der Regierung des Grafen Bälows zu befeuern.

Das übergeschnappte Krupp-Blatt. Die Hundstagsheute und die Zolllistenklärung des Centralverbandes haben in der Redaktion der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zu einer Katastrophe geführt. In einer Polemik gegen unsere gestrige Note über die 60 Strafgefangenen der „Arkadia“ deliriert das Blatt:

„Vielleicht sind übrigens auch die obigen 60 Strafgefangenen in der Mehrzahl Socialdemokraten oder durch die socialdemokratische Schule gegangen.“

Natürlich, die Socialdemokraten haben den Hunnenkrieg proklamiert, sie haben die Hunnengebiete und Hunnensichtbarkeiten dertrien. Schon das socialdemokratische Programm beweist den Hunnencharakter der Socialdemokratie. Dasselbe schwärmt für den Militarismus und Völkermord, für Lattenarrest und Prügelstrafe, für all jene Postulate hunnischer Kultur, die man schließlich für staatsverhaltende Forderungen ausgegeben hat.

Offentlich vertrat das Kanonenblatt seinen Lesern auch, daß es eigentlich der socialdemokratische Parteivorstand war, der die erste distrierte Anregung zur Entsendung Waldersee's nach China gegeben hat.

Russische Polizeipraktik in Schlesien. Im kleinen schlesischen Städtchen Strehlen waltet ein Polizeikommissar Kruppa gegen über gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, als ob er irgendwo in Rußland Polizeichef wäre. Ein Tischlergeselle Walter hatte dort eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes begründet und war aus Bevollmächtigter desselben. Deshalb wurde er am 23. Juli von seinem Meister entlassen, bekam jedoch als Genahrgeselle von der Verbandsleitung Unterstützung und wohnte, nachdem er sein Privatlogis aufgegeben, seit mehreren Tagen im Galtschause. Die Hoffnung der Strehlener Meister, den gefährlichen Menschen durch die Entlassung für Strehlen unmöglich gemacht zu haben, war bitter getäuscht. Da half der Polizeigewaltige von Strehlen, eben der Herr Polizeikommissar Kruppa, durch energisches Eingreifen den bedrängten Herren Arbeitgebern aus der Not. Er lud den Tischler Walter am 7. August zu sich und eröffnete ihm kategorisch, daß er entweder Beschäftigung nachweise oder arbeitslos müsse. Solche Leute wie den Walter wolle er in Strehlen nicht haben. Der Hinweis darauf, daß Walter von seiner Organisation unterstützt werde und nicht mittellos sei, imponierte dem Strehlener Polizeigewaltigen gar nicht, er blieb dabei, daß Walter entweder in Arbeit trete (die er in Strehlen natürlich nirgends bekam) oder fort müsse von Strehlen. Drei Tage nach der Vernehmung, am 10. August, bekam Walter folgenden schriftlichen Mass:

„Der wohnungs- und arbeitslose Tischlergeselle W. Walter wird angewiesen, sich sofort nach seiner Heimat Wrieg zu begeben und bei seinem Eintreffen daselbst bei der Polizeibehörde zu melden. Die Nichtbefolgung der vorstehenden Verfügung zieht Bestrafung nach sich.“

Vorstehendes vertritt die Stelle einer Reiseroute. Strehlen, den 10. August 1901.

## Die Polizei-Verwaltung.

J. A. Kruppa,  
Polizei-Kommissar.

Leider ist W. dieser Aufforderung gefolgt und abgereist, wenn auch nicht nach Wrieg, statt es auf die Ausführung dieser ganz ungesetzlichen Verfügung ankommen zu lassen. Dem Herrn Kruppa sollte man eine recht eindringliche Belehrung darüber verschaffen, daß wir nicht 1801, sondern 1901 schreiben, und daß er nicht nach seinem Belieben und zum Gefallen der Strehlener Arbeitgeber die gesetzlich gewährleisteten Rechte eines Arbeiters einfach aufheben und diesen gleich einem Landstreicher polizeilich in die Heimat abschieben lassen kann.

Stettin, 14. August. Robert Graumann, der Uebersetzer des Buches über die Moralphilologie Liguoris ist im Alter von 87 Jahren gestorben.

## Der Wahlrechtsverrat des badischen Centrums.

Aus Baden wird und geschrieben: Etwas gar zu früh haben unsere Merikalen die Karten aufgedeckt, mit denen sie im nächsten Landtag das Spiel um das direkte Wahlrecht zu spielen gedenken. Bisher gerieten sie sich stets als die eifrigensten Vorkämpfer desselben und wandten sich mit besonderer Schärfe gegen die von der Regierung geforderten Kartellen gegen die „Auswüchse des radikalen Massenwahlrechts“. Im Kampfe gegen den reaktionären Nationalliberalismus, der sich bis vor kurzem noch der Einführung des direkten Wahlrechts zum Landtag widersetzt hatte, bildete diese bedingungslose und freis im Driften der inneren Ueberzeugung proklamierte Zustimmung zu der Forderung der demokratischen Wahlrechtsverweigerung eine der meistgebräuchtesten Waffen des Centrums-arsenals, der die badischen Merikalen in erster Linie die nicht unbedeutendsten politischen Erfolge des letzten Jahrzehntes zu verdanken haben.

Die neueste Wendung in der inneren Politik Badens, in erster Linie die Berufung des stark konservativ angehauchten Ministers v. Brauer an die Spitze der Regierung hat gezeigt, wie leicht das Centrum auch in Baden seine demokratischen Forderungen preisgeben geneigt ist, wenn die Regierung sich seinen kirchenpolitischen Wünschen etwas zugänglich erweist. Schritt für Schritt hat es sich seit dem letzten Ministerkabinett aus der Opposition gegen die Regierung zurückgezogen, bis es früher wegen ihres hartnäckigen Widerstands gegen das direkte Wahlrecht so unverzüglich belämpft

hatte, und zuletzt sich nicht gescheut, selbst den alten nationalliberalen Feinden aus den Zeiten des Kulturkampfes in der Residenz ein Bündnis gegen die vereinigte radikale Linke anzubieten.

Im letzten Akt dieser Entwicklung des Centrums von der oppositionellen Volks- zur reaktionären Regierungspartei hat sich jedoch der Vorhang gehoben. Die in letzter Zeit an übertrahenden Veränderungen so überaus reiche politische Schaubühne des badischen Landes zeigt die Merikalen bereits in der Rolle der Vefürworter der von der Regierung geforderten Wahlrechts-Kartellen, vorerst allerdings noch in einer Pose, die die Scham über die eigene politische Charakterlosigkeit und den Verrat an der Volksfrage deutlich erkennen läßt. In einer Korrespondenz des führenden Partei-Organs der badischen Merikalen, des in Karlsruhe erscheinenden „Badischen Beobachters“, wird am Schlusse einer Besprechung der badischen Wahlrechts-Reform empfohlen, in das neue badische Landtags-Wahlgesetz als eine der „Kartellen“ die Bestimmung aufzunehmen, daß als Voraussetzung des aktiven und passiven Wahlrechts das „Erfordernis längerer Anwesenheit im Großherzogtum und längerer Besitzes des badischen Staatsbürgerrechts“ verlangt werden soll.

Unser karlsruher Partei-Organ, der dortige „Volksfreund“, nagelte die politische Zeitung des offiziellen Centralorgans der badischen Centrumpartei sofort an dieser Verlautbarung fest, deren Tendenz nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als die Wahlenthaltung der großen Masse der stark fluktuierenden industriellen Arbeitererschaft. Anstatt aber eine bestimmte, unzweideutige Erklärung über seine Stellung in der Frage zu geben, sucht sich das Merikale Blatt seither mit allen möglichen nichtsagenden Redensarten aus der Verlegenheit herauszuwinden, die ihm durch die vom wahlenthaltenden Standpunkt offenbar vorzeitig erfolgte Liebeserklärung an die Wahlrechts-Kartellen der Regierung bereitet worden ist. Es greift dabei zu der seine eigenen reaktionären Pläne nur unvollkommen maskierenden Ausflucht, „über derartige Fragen werde man allerdings früher oder später einmal sprechen müssen, wenn es sich wirklich um die ernstliche Einführung der direkten Wahl handelt“. Für jeden, der zwischen den Zeilen der Merikalen Partei-Organe zu lesen gelernt hat, ist damit genug gesagt, und man wird in Baden nun ernstlich damit rechnen müssen, daß das Centrum aus der Linie der für das unverfälschte direkte Wahlrecht kämpfenden Parteien über kurz oder lang in die gegnerische Front abtritt.

In dieser Vermutung bestärkt uns die seltsame Rolle, die seit dem jüngsten Ministerwechsel dem bisherigen Führer der Merikalen Landtagsfraktion, dem bisher jeder Auslösung mit der Regierung abgeneigten Pfarrer Bader, zugewiesen zu sein scheint. Herr Bader, der sonst so wortreiche Parteijournalist und Agitator, schweigt seither in allen erdenklichen Tonarten. Ein sehr bedenkliches Schweigen!

Zu den Dingen, die sich jetzt zwischen dem offiziellen Centrum und der Regierung vollziehen, kann man den intrinsigsten Löwen von Jählingen nicht gebrauchen. Wenn der Weizen der Wabenstämpfer des Centrums blüht, haben die Wasserstiefel höchst zu Hause zu bleiben.

## Ausland.

### Holland.

Socialistische Wahlerfolge. Amsterdam, 14. August. In dem Wahlkreise Weststellingwerf, wo eine Ergänzungswahl stattfand, wurde der wilde Socialist Van der Zwaag am 27. Juni in zwei Kreisen gewählt worden, ist bei der Stichwahl der Socialdemokrat Hugenholz gewählt. Am 27. Juni wurden auf Van der Zwaag 1795, jeht auf Hugenholz 1975 Stimmen abgegeben. — In dem Kreise Lochem, der bisher durch den liberalen Minister Veltj vertretene war, mußte ebenfalls wegen einer Doppelwahl eine Ergänzungswahl stattfinden. Unser Genosse Hetsling, auf den am 14. Juni in diesem Kreise 821 Stimmen abgegeben wurden, kommt jeht mit 1650 Stimmen in die Stichwahl. Der liberale Kandidat brachte es auf 1771 Stimmen. Unsrerseits wird der Kreis mit großer Anstrengung bearbeitet; es werden alle Kräfte angewendet werden, um den teilweise Erfolg in einen endgültigen zu verwandeln.

### Frankreich.

Paris, 14. August. (Fig. Ver.) Der Volksschullehrer-Kongress, der letzte Woche in Bordeaux tagte, hat sich nebst seinen eigentlichen Gegenständen, dem Hilfskassen- und Pensionswesen, auch mit pädagogischen Fragen beschäftigt. Es hat sich dabei gezeigt, wie tief die große Masse der Lehrerschaft mit dem der Souveränität gemachten Ideenkreis gebrochen hat. Der Kongress beschloß eine Reihe von Resolutionen, die im Fall der Durchführung den Volksunterricht zu einem Vorunterricht für den Socialismus gestalten würden: 1. Der Moralunterricht soll auf der Idee der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit und der gegenseitigen Achtung der Meinungen beruhen. 2. Der Geschichtsunterricht soll vor allem die Kämpfe des Volkes um Freiheit und Recht betonen. 3. Der Geographie-Unterricht soll auch dazu dienen, das Verdienst der einzelnen Nationen nach ihrem moralischen Wert, ihrem Einfluß auf die Entwicklung der menschlichen Arbeit zu würdigen. Ferner verlangte der Kongress die Beseitigung der „Pflichten gegen Gott“ aus dem Moralunterricht, das vollständige Verbot des Merikalen Schulunterrichts.

Das vom Kongress ausgearbeitete Schulreformprogramm wird auf Beschluß des Kongresses in den Kammerwahlen von 1902 den antiliberalen republikanischen Kandidaten zur Annahme vorgelegt werden, und zwar von socialistischen Abgeordneten Carnaud, einem ehemaligen Schullehrer.

Die Verwirklichung der Kongressbeschlüsse steht freilich in weitem Felde. Hat doch der jüngste Vorstoß gegen den Merikalismus, der mehr als alle früheren Kulturkämpfe versprechen zu sollen schien, mit dem künftigen Verfassungskampf geendet. Und gar erst die Ausrottung des Chauvinismus aus dem Schulunterricht!

Die Ergebnisse der Volkszählung vom 24. März 1901 sind nunmehr genau bekannt. Die ortsanwesende Bevölkerung betrug 38 641 333 Personen, macht im letzten Jahrzehnt einen Zuwachs von 412 364, während im vorhergehenden Jahrzehnt (1891—1896) der Zuwachs bloß 138 819 Personen betrug und im Jahrzehnt 1886—1896 bloß 209 072 Personen. Man geht wohl kaum fehl, wenn man diesen für Frankreich ungewöhnlichen Zuwachs auf die ausnahmsweise günstige Geschäftslage des letzten Jahrzehntes zurückführt, umso mehr als das städtische Proletariat überhaupt so gut wie die einzige Klasse ist, die durch ihre Fortpflanzung den Rückgang der französischen Bevölkerung aufhält. Dann kommt gewiß in Betracht die Zunahme der Fremdenbevölkerung, unter welcher das Proletariat wiederum vorherrscht.

Wie schon früher, sind es natürlich die Städte, die auf Kosten des flachen Landes an Bevölkerungszahl gewinnen. Paris allein hat über 1/3 des Gesamtzuwachses aufzuweisen, 148 004 Einwohner mehr als 1896, dann folgt Marseille, das an Lyons Stelle zur zweitgrößten Stadt heraufstiegt, mit einem Mehr von 47 428, Nizza mit einem Mehr von 18 853 u. s. f. Nur 23 Departements weisen einen Zuwachs auf, während in 59 Departements die Bevölkerung abgenommen hat, hauptsächlich in den ländlichen Gemeinden. In 8 Departements ist die Bevölkerung zurückgegangen, trotzdem in denselben die städtischen und industriellen Mittelpunkte einen Zuwachs aufzuweisen.

### Italien.

Neue Ministerkrise? Gerüchweise verlautet, daß der Minister des Aeußern Prinetti zu demissionieren beabsichtigt. Prinetti beabsichtigt angeblich, daß die sich immer schärfer gestaltende Polemik zwischen der österreichisch-ungarischen und der italienischen Presse in der albanesischen Frage das Vertrauen zu seiner Politik sowohl in Italien als auch im Auslande erschüttern werde.



### Die italienische Arbeiterbewegung und die Kerikalen.

Durch die sehr erfolgreiche Propaganda, welche die Sozialisten in Stadt und Land betreiben, sind die Kerikalen aufgeschreckt worden und heissen sich ihrerseits Bauern- und Arbeiterverbände zu gründen. Der Bund zur Gründung von katholischen Arbeiter- und Bauernvereinen der Diözese Mailand hat an die katholischen Vereine der ganzen Diözese ein Circular erlassen. In demselben wird den Vereinen anempfohlen, sich mit den Arbeiterfragen zu beschäftigen. Das Verlangen nach besseren Lebensbedingungen der Landarbeiter sei allgemein. In der Vergangenheit habe sich das weniger fühlbar gemacht als jetzt. Es wäre unklug, sich von der Bewegung fernzuhalten. Es wird Johann auf die Fortschritte und den großen Einfluß der Sozialdemokraten, welche die Religion bekämpften und zerstörten, hingewiesen. Sodann wird die Gründung von Arbeiter- und Bauernvereinen empfohlen.

Was jetzt macht sich eine Veränderung in den Lebensbedingungen der Bauern „allgemein fühlbar“; warum gerade erst jetzt? Die Antwort ist sehr einfach. So lange die Kirche der Bauern und Arbeiter ganz sicher war, bestimmte sie sich nicht um das materielle Wohlergehen; that nichts, um die Lage dieser Klassen zu verbessern. Die agrarischen Untersuchungen und die Schriftsteller aller Parteien haben seit Jahrzehnten Beweise in Fülle erbracht, daß das Elend und die drückendste Not schon immer die ständigen Begleiterinnen der italienischen Landarbeiter gewesen. Wenn sich jetzt die Diener der Kirche auf ihre sozialen Pflichten besinnen, so nur, weil ihnen die Fortschritte der Sozialisten gefährlich werden. Sie fühlen ihren Einfluß im Bauern- und im Arbeiterhaufe schwinden, und um diesen ihren Einfluß ist es ihnen zu thun. Nicht um die ökonomische Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern um sie der Kirche zu erhalten, beginnen sie überall Vereine zu gründen. Sie treiben damit einen Keil in die Arbeiterchaft, sie zersplittern die Kräfte der wirtschaftlichen Vereinigungen; selbst als Streikbrecher-Organisationen sind die katholischen Arbeitervereine bereits hier und da, wie z. B. in Genua, aufgetreten. Aber es ist möglich, daß auch in Italien die Kerikalen an ihren Schöpfungen nicht allzu lange ihre Freude haben werden. Die Gefahr, daß Arbeiter, die organisiert sind, schließlich zu der Erkenntnis ihrer eignen Klassenlage sowie zu der Erkenntnis der Klassengegensätze kommen, ist naheliegend genug.

### England.

**Friedensmanifest von vierhundert Geistlichen.** Die „Daily News“ veröffentlichen ein von vierhundert nonconformistischen englischen Geistlichen unterzeichnetes Friedensmanifest, welches dringend befürwortet, den Gränzen des Krieges in Südafrika durch schleunigen Friedensschluß ein Ende zu bereiten. Die Unterzeichner brüden die Ueberzeugung aus, daß ein dauernder Friede gesichert werden dürfte, wenn die britische Regierung veranlaßt werden könnte, den Boeren eine Amnestie anzubieten, Autonomie zu gewähren und Schadloshaltung für die Verluste zu versprechen. Kopisten des Manifestes wurden Salisbury, Paisford, Chamberlain und Campbell-Bannerman überreicht.

### Rußland.

**Militärischer Hungerzustand.** Aus Warschau wird am 12. August gemeldet: In der 20. reitenden Artilleriebatterie in Rembertow bei Warschau unterließ der Kapitän in den letzten Monaten den größten Teil der Gelder, welche für die Verpflegung der Mannschaften bestimmt waren. Infolge dessen erhielten die Soldaten eine ganz unzureichende Verpflegung. Schließlich wurde es ihnen zu arg und sie beschloßen, in einen Hungerzustand zu treten. Drei Tage lang nahmen sie keine Nahrung an. Als das nichts half, wurde der Beschluß gefaßt, während des Exercierens gegen den Kapitän zu demonstrieren. Als der Kapitän mit dem im russischen Heere üblichen Grusse den Exercierplatz betrat, schwiegen die Soldaten. Auch auf den zweiten und dritten Gruß folgte Schweigen. Der Kapitän geriet dadurch in Wut, rief die Flügelmäurer vor und ließ sie arretieren. Da schrien alle Soldaten „Spießdube“ und forderten ihre gemeinsame Verhaftung. Der Kapitän erstattete der vorgesetzten Behörde Anzeige. Darauf wurden 85 Mann verhaftet. Im Laufe der Untersuchung sagten die Mannschaften aus, daß der Hunger sie alle Mühsal vergessen ließ und daß sie, da alle Viten um die gewöhnlichen Nahrungsmittel gekostet hätten, den Kapitän beleidigt hätten, um eine Unternehmung herbeizuführen. Das Urteil des Kriegsgerichts fiel hart aus: 14 Unteroffiziere wurden auf drei Jahre und 26 Gemeine auf zwei Jahre einem Disciplinarbataillon einverleibt, der Rest erhielt Gefängnisstrafen von einem bis vier Monaten.

Und was geschah mit dem Schurken von Kapitän? —

### Asien.

**Der vertagte Zolltarif.** Nach einer Peking Meldung vom 14. August wurde die Unterzeichnung des Protokolls noch mal verschoben, nachdem Einwände erhoben worden sind gegen den Plan, den Zwangs-zolltarif bei Shanghai zu Schiffahrtszwecken zu regulieren. Man glaubt, daß der Ausschub nur kurz sein werde. (?)

**Englisch-deutsche Rivalität in Shanghai.** Den „Times“ wird aus Shanghai gemeldet: Die Engländer sind hier sehr ungeduldet darüber, daß die hiesige englische Garnison herabgesetzt worden ist auf eine Jiffer, die gering ist, als die der hiesigen deutschen Garnison. So daß dadurch der deutsche Befehlshaber ein Offizier höheren Ranges ist als der englische.

### Der Boeren-Krieg.

#### Der englische Völkerrechtsbruch.

Der Frankf. Jg. wird aus Brüssel gemeldet: „Die hiesige Gesandtschaft der Transvaal-Regierung hat eine neue Note an die Mächte gerichtet, die gegen Lord Kitchener's Annahme protestiert.“

Werden die Mächte auch diesen Protest gleichmütig dem Papierkorb einwerfen?!

Es sei uns gestattet, unsern gestrigen Ausführungen über den Völkerrechtsbruch Englands noch einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Wir erwähten, daß England sein Simentum möglicherweise dadurch zu beschönigen suchen werde, daß es erkläre, gegenüber Transvaal deshalb nicht zur Einhaltung der Bestimmungen der Haager Konvention verpflichtet zu sein, weil Transvaal ja nicht zu den Vertragsmächten gehöre.

Die Schuld daran, daß die Boerenrepubliken der Haager Konferenz fern bleiben mußten, trägt aber England, das durch Geltendmachung seiner angeblichen Suzeränität die Einladung hinterließ.

Gerade dadurch aber, daß England seine Oberhoheit über Transvaal geltend machte, dehnte es gleichzeitig die Rechte und Verpflichtungen der Haager Konvention auch auf Transvaal aus. Es besteht also nicht nur eine moralische, sondern auch eine rechtliche Verpflichtung für England, die Boeren als kriegsführende Partei anzuerkennen.

Sollte England aber aus seiner angeblichen Suzeränität über Transvaal das ihm genehmere Recht herleiten wollen, die Boeren als Rebellen, als Empörer gegen die staatliche Oberhoheit hinzustellen, so wäre ihm zu entgegen, daß nach modernen Völkerrechtsanschauungen (M. I. M. A. N.: Völkerrecht, §§ 141 und 143) auch „Rebellen“ das Recht einer kriegsführenden Partei beanspruchen dürfen, wenn ihr Vorgehen durch militärische Machtentfaltung den Umfang eines regulären Krieges angenommen hat.

Ja selbst die Rebellion von Privatpersonen in einem Bürgerkriege muß nach den modernen Rechtsanschauungen unter

kriegsrechtlichen Gesichtspunkten beurteilt werden, wenn die Aktion innerhalb eines Staates einen Erfolg errungen hat, der voraussichtlich die thatsächliche Grundlage einer politischen Neugestaltung bilden dürfte bezw. zu einer solchen schon geführt hat.“

Darauf ist es sogar ein Rückschlag in verfehlte barbarische Bräuche der Vergangenheit, wenn Kitchener gefangene Kapholländer als Rebellen erschießen läßt. Hat der Zustand der Kapholländer in Verbindung mit den Aktionen der Boeren doch in großen Distrikten der Kapkolonie nicht allein zu einer formalen, sondern zu einer durchaus effektiven Amnestie geführt.

Die Mächte hätten also alle Ursache, England das Handwerk zu legen, wenn es ihnen nur Ernst damit wäre, dem Völkerrecht und der Humanität Beachtung zu schenken.

### Kitchener geht.

Mehrere Zeitungen bringen, dem „Bureau Laffan“ zufolge, die Nachricht, Lord Kitchener werde Mitte September, wenn seine Rundgebung in Kraft tritt, nach England zurückkehren und dann nach Indien gehen, um den Befehl über die indische Armee zu übernehmen. General R. G. Pittelton, jetzt Lord Milners Reisegefährte auf seiner Rückfahrt nach dem Kap, werde als Höchstkommandierender in Südafrika an Kitcheners Stelle treten.

### Vorausichtliche Erfolglosigkeit der Humenproklamation.

Dem „Standard“ wird aus Pretoria vom 12. August gemeldet: In hiesigen gut unterrichteten Kreisen glaubt man nicht, daß die Proklamation Kitcheners besonderen Erfolg haben wird, es sei denn, daß Schall Bürger und Steijn der Uebergabe zustimmen. Doch wird das nicht für wahrscheinlich gehalten, da die beiden Befehlshaber fürchten müßten, von allen ihren Landsleuten als Verräter angesehen zu werden. Botha und die anderen Befehlshaber dürften in dieser Richtung ebensovwenig Schritte thun, solange Steijn und Schall Bürger sich nicht zur Uebergabe verstehen.

### Partei-Nachrichten.

**Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde** tagte am Sonntag, den 11. August, in Freienwalde. Anwesend waren Delegierte von Schwedt, Prenzlau, Strahburg, Oderberg und Joachimsthal, ferner der Kandidat des Kreises, Dr. Vorwardt, Charlottenburg, von der Agitationskommission Max Kiesel und ein Vertreter der „Brandenburger Zeitung“.

Der Kreisvertrauensmann Günterberg bemerkte in seinem Geschäftsbericht, daß die Bewegung in den einzelnen Ortschaften noch viel zu wünschen übrig lasse, besonders fehle es an Vololen zur Abhaltung von Versammlungen. Die Einnahme des Kreisvertrauensmannes aus den einzelnen Orten betrug 602,82 M. gegenüber einer Ausgabe von 560,28 M. Die Mitgliederzahl in den Orten, wo Wahlvereine bestehen, beträgt in Schwedt 76, Strahburg 58, Prenzlau 49 und Oderberg 15. An Druckchriften wurden verbreitet 15 000 Stalender, dann das Flugblatt: „Was kosten uns die Junter?“ in 12 000 Exemplaren. Das Referat des Genossen Vorwardt über die Protowucherpläne der Junter gab die Anregung zur eifrigen Agitation gegen den Zolltarif. In konstatieren ist, daß seit Aufhören des Vertrauensmänner-systems und der Verschmelzung zu einer einheitlichen Organisation die Bewegung stetiger geworden ist. Bei Punkt Presse bemängelt der Vertreter der „Brandenburger Zeitung“, daß die Zeitung zu wenig im Kreise verbreitet sei, er befürwortet eine gründliche Agitation hierfür.

Zum Schluß wurden als Delegierten zur Provinzialkonferenz die Genossen Günterberg, Courad und Raibisch gewählt. Das Amt des Kreisvertrauensmannes übertrug man einstimmig wiederum dem Genossen Günterberg.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Gewerkschaften!

Gemäß dem Beschlusse der Berliner Gewerkschaftskommission vom 18. Juni wurde über die Nordhäuser Tabakfirmen der Boykott verhängt. Wie ersehen die Berliner Arbeiterchaft, sich streng nach diesem Beschluß zu richten und nur den Austausch der Firmen Grimm u. Triepel, Gendek u. Schumann, Walther u. Sedin, Athenstädt u. Vachrodt, Steinert u. Hellmünd zu lassen. Die Fabrikate aller andren Nordhäuser Firmen sind zurückzuweisen.

**Arbeiter!** Es handelt sich um das Koalitionsrecht der Nordhäuser Tabakarbeiter, es handelt sich um deren Organisation. Wohl sind die Tabakarbeiter bereit zu unterhandeln, auch bei den jetzt stattgefundenen Verhandlungen zeigten die Arbeiter das größte Entgegenkommen bezüglich der Einstellung der Ausständigen. Die Fabrikanten lehnten alle diese Vorschläge ab und weigerten sich im besonderen, solche Personen einzustellen, die irgend ein Amt in der Organisation oder Streikkommission bekleiden.

Trogen wir dem Beschluß vom 18. Juni Achtung, helfen wir den Nordhäuser Tabakarbeitern in ihrem schweren Kampfe um das Koalitionsrecht.

Alle Gelder für die Nordhäuser Tabakarbeiter sind an unser Bureau, Engel-Ufer 15 (A. Körsen) zu senden. Ebenso können dieselben Listen in Empfang genommen werden.

#### Der Ausschuh

#### der Berliner Gewerkschaftskommission.

#### An alle Bauanschläger in Berlin und Umgegend!

Wie jeden Kollegen hinreichend bekannt ist, traten am 1. Januar 1900 die Bauanschläger Berlin und Umgegend erfolgreich in eine Lohnbewegung.

Der insolge dieser Bewegung, durch die Verhandlungen mit den Arbeitgebern festgesetzte Tarif ist, obwohl er Fehler in Menge enthält, den Arbeitgebern ein Dorn im Auge, weil er einigermaßen die Anschläger gegen Ueberverteilung seitens der Arbeitgeber schützt. Deshalb haben gleich von Anfang an einige der Arbeitgeber versucht, den Tarif zu umgehen, und leider muß gesagt werden, es ist denselben durch das indifferente Verhalten einiger Kollegen gelungen, ihre Absicht zu erreichen.

Ermutert durch diese Erfolge und gedrängt durch die Konkurrenz, welche jene den andren Arbeitgebern bieten konnten, verlangten viele der letzteren auch von uns, daß wir unter dem Tarif arbeiten sollten. Jedoch mit sehr geringem Erfolg. Da nun die Herren eingesehen haben, daß auf diesem Wege ein allgemeiner Preisdruck nicht zu erreichen ist, so versuchen die Herren Arbeitgeber auf einem Umwege ihr Ziel zu erreichen. Die Organisation soll gesprengt werden.

Zu diesem Zwecke haben sich die Arbeitgeber einen Tarif nach berühmtem Muster ausgearbeitet und versuchen, uns denselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, hauptsächlich aber durch den ohne unser Wissen erteilten Arbeitsnachweis, Stadtbahnbogen 102, aufzuzwingen. Wir ersuchen die Kollegen dringend, diesen Arbeitsnachweis zu meiden und nur unsere Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen.

Kollegen! Gelingen es den Herren, ihren Zweck zu erreichen, so sind die Allgemeininteressen der Bauanschläger auf Jahre hinaus auf das empfindlichste geschädigt, denn der von den Arbeitgebern entworfene Tarif hat so lausantartige Bestimmungen, daß es klar auf der Hand liegt, daß dieselben den Tarif nur benutzen wollen, um den Verein der Bauanschläger zu sprengen, um dann wieder jene wüste Konkurrenz zu beginnen, welche uns vor dem Streik 1900 zwang, die Arbeit um jeden gebotenen Preis anzunehmen.

Um dieses zu verhindern, hat sich die Kommission der Bauanschläger die erdenklichste Mühe gegeben, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten, doch ohne jeden Erfolg. Die Verhandlungen sind rundweg abgelehnt worden.

Kollegen! An den Preisen sind wir alle, ob organisiert oder nicht, in gleicher Weise beteiligt. Da es also gilt, die gleichen Interessen zu vertreten, fordern wir Euch hiermit aus, mit uns gemeinsam gegen das Vorgehen der Arbeitgeber Front zu machen. Ein mögliches Beiseitertreten ist Verrat an Euch selbst und die Frage, wo Euer Vorteil liegt, ist leicht zu beantworten. Unterliegt die Organisation, so folgt in kürzester Zeit eine Preisreduzierung um die andre und angeht's dieser Frage hat jeder andre Streik und Haber zu ruhen, und ist es jedes einzelnen Kollegen Pflicht, sich uns anzuschließen.

Wenn wir auch im Vertrauen auf unser gutes Recht keine Niederlage befürchten, so würde der Anschluß aller Kollegen den Kampf, zu dem wir so schroff provociert worden sind, wesentlich zum Nutzen beider Teile verkürzen. Selbst der letzte Versuch, eine Einigung vor dem Gewerbegericht zu ermöglichen, ist durch das abweichende Verhalten der Meisterkommission verhindert, und so bleibt uns nur das letzte Mittel, der Streik. In seinem eignen Interesse hat jeder Kollege die Pflicht, sich uns anzuschließen. Sämte darum jeder, die angekündigte Versammlung zu besuchen und seinen Anschluß zu erklären. Die Lohnkommission.

**Im Berliner Tischlergewerbe** hat sich vor 30 Jahren die erste große Lohnbewegung abgespielt, an der 18 000 Gezellen beteiligt waren. Der Kampf, der Mitte August im Jahre 1871 begann, wurde von dem unter den Tischlern noch heute gutbekannten Genossen Schmitz geleitet und nach neun Wochen siegreich zu Ende geführt. Die Lohnerhöhung von 30 Proz. konnte durchgesetzt werden, trotzdem es an einer eigentlichen Organisation fehlte, denn die Mittel waren durch Sammlungen auf Streikarten aufgebracht. Eine kleine Anzahl der Tapferen aus jener Epoche bitten uns, darauf hinzuweisen, daß am Sonntagvormittag die Erinnerungen an jene Kämpfe im Gewerkschaftshause aufgeführt werden sollen.

Eine Sammelliste zum Glasarbeiterstreik, Nr. 003 148, ist verlorengegangen. Der Finder wird ersucht, dieselbe zurückzugeben an die Streikkommission in Rummelsburg, Ecke der Kant- und Boehlstraße.

### Deutsches Reich.

**Zum Generalstreik der Flaschenarbeiter** schreibt uns die Verbandsleitung:

Den unter so großem Aufwand und so schweren Geldkosten von der Hejeheln Glasfabrik in Ruzland angeworbenen „Arbeitswilligen“ scheint es in Ruzland nicht mehr zu gefallen, sie befinden sich in hellem Aufbruch, und wollen absolut nicht weiterarbeiten. Auf der Hejeheln Fabrik haben 25, und auf der Fabrik von Hinzly 30 Mann an den russischen Konsul in Bremen geschrieben, um wieder nach Ruzland geschickt zu werden. Der Konsul will nach Ruzland reisen und in dieser Sache persönlich eingreifen. Mehrere Ruffen, die verhaftet sind, sollen auf telegraphische Anweisung seitens des Konsuls freigelassen werden. Des weiteren hat der Konsul sich an die Fabriken gewandt, daß sie den Ruffen wieder freie Reise über die Grenze verschaffen, widrigenfalls er gegen die Firma Nagbar werden wird. Die Lage der Ruffen in Ruzland ist geradezu unerträglich. Während dieselben die erste Zeit nach ihrem Eintreffen in Ruzland arbeiteten, um sich erst auf deutsche Art einzuarbeiten, müssen sie jetzt in Accord arbeiten. Der Verdienst ist aber ein so geringer, daß sie dabei einfach unmöglich bestehen können, deshalb ist auch nun der Aufbruch ausgebrochen. Offenlich dient dieser Vorgang den Glasfabrikanten Heze und Hinzly zur Lehre, daß sie sich endlich herbeilassen, sich mit ihren Arbeitern zu einigen, um den langersehnten Frieden in der Flaschenindustrie zu erreichen.

**Mit den Fleisburger Reedern** hat die Organisation der Seeleute nach monatelangen Vorverhandlungen jetzt eine bis zum 1. Mai 1902 geltende Vereinbarung getroffen, welche für die verschiedenen Kategorien des Schiffspersonals die Arbeitszeit genau festsetzt und besonders das Ueberstundenwesen, welches den Seeleuten bisher zu vielen Beschwerden Veranlassung gegeben hat, regelt. „Der Seemann“, das Fachorgan der seemannischen Arbeiter, sagt dazu, daß die getroffenen Vereinbarungen zwar nicht alle Wünsche der Seeleute erfüllen, daß sie aber, als Ganzes genommen, unbedingt einen Fortschritt in den Arbeitsverhältnissen der Seeleute darstellen. Gerade hinsichtlich der Arbeitszeit und des Ueberstundenwesens hätten bisher anarchische Zustände geherrscht, und der Willkür der Reeder habe kein Hindernis entgegengestanden. Was selbst die Vorlage einer neuen Seemanns-Ordnung nicht vorfiel, das sei in diesem Vertrage durch Vereinbarung von Organisation zu Organisation erreicht worden.

**Zum Streik der Krefelder Sammelherer** berichtet das „Wollische Bureau“:

Die städtische sociale Kommission und die Vertreter der ausständigen Sammelherer beschloßen gestern, eine Kommission einzusetzen, welche die Frage der Einführung eines Minimallohns mit Altersstufen prüfen und einen Ausgleich herbeiführen soll.

### Ausland.

**Der internationale Buchdrucker-Kongress**, welcher vor einigen Tagen in Luzern abgehalten wurde, hat am ersten Verhandlungstage beschloßen, daß dem internationalen Sekretär auch ferner die Mitwirkung bei Lohnbewegungen zwecks Aufbringung der Streikgelder überlassen werden soll. Die Beratungen der beiden folgenden Tage waren hauptsächlich den Abänderungsanträgen zum Reglement und der Organisation des internationalen Sekretariats gewidmet. Der Abstimmungsmodus über geplante Lohnbewegungen ist dahin festgesetzt, daß die einzelnen Verbände für je 2000 Mitglieder eine Stimme abgeben, während bisher jeder Verband nur eine Stimme hatte. Wenn mehrere Verbände gleichzeitig in eine Lohnbewegung eintreten, so entscheiden die übrigen Verbände über das Prioritätsrecht. Diefenigen Verbände, die ohne triftigen Grund sich weigern, die vom Sekretariat angeordneten Steuern zu bezahlen, verlieren während der Dauer von zwei Jahren ihre rechtlichen Ansprüche auf etwaige Streikunterstützung. Die Unterstüzung kann erst nach zwei Wochen bezogen werden. Das Recht der Unterstüzung erwidert ein Verband erst nach einjähriger Mitgliedschaft.

Die Wahl des internationalen Sekretärs sowie die Organisation des Sekretariats erfuhr eine durchgreifende Veränderung. Die Stelle des Sekretärs wird durch die Sekretariatskommission (bisher Aufsichtskommission) zur Befugung ausgeschrieben. Die Bewerber müssen eine Programmarbeit befügen und die Wahl geschieht durch die Verbände. Das Gehalt wurde auf 3000 Frank festgesetzt. Als Domizil des Sekretärs bleibt Bern. Das Centralomitee des schweizerischen Typographenbundes kontrolliert die Finanzabgarung des Sekretariats und regelt die Wahl der Sekretariatskommission, welche dem Sekretär in feinen Arbeiten beratend und ansprechend zur Seite stehen soll. Das Centralomitee und die Sekretariatskommission befragen auch die Ausarbeitung des Reglements für das internationale Sekretariat nach den Beschloßen und Wünschen des Kongresses und unterbreiten es den Verbänden zur Genehmigung.

**Eisenbahnerstreik in Italien.** In den Provinzen Mailand, Pavia, Cremona und Bergamo hat das Personal der Secundärbahnen am Donnerstag die Arbeit eingestellt.

**Die römischen Straßenbahn-Angestellten** sind, wie der Telegraph bereits kurz mitgeteilt hat, ausständig geworden; es handelt sich um etwa 1500 Mann. Ihre Forderungen sind folgende: 25 bis 50 Centimeter Lohnerhöhung pro Tag je nach Verhältnis der Dienstzeit; 2 freie Tage pro Monat; eine Reihe kleinerer Verbesserungen für die Hilfsangestellten; ferner, waren einige Fragen angefallen bezüglich der Arbeitsbedingungen der Stallleute, Hofschmiede usw. In der Nacht vom Sonntag zu Montag fand in einem Theatersaal eine Versammlung der Angestellten statt. Sabatini, der Vorsitzende der Arbeitskammer, legte die Situation dar, mahnte zur Vorsicht und Ruhe und forderte mehrmals auf, daß diejenigen, die gegen den Streik sind, ihre Gründe geltend machen möchten. Er wurde von den Rufen unterbrochen: Streik! Wir streiken! Gegen 8 Uhr morgens trat, nachdem der Streik beschloßen, Schluß der Versammlung ein. Am Morgen konnten keine Wagen eintreffen; gegen 10 Uhr zeigten sich einige Wagen mit



Kontrollieren als Führer und Schaffner befehligt; jedem der 30 Wagen waren je 2 Polizeileute beigegeben. Wie es heißt, ist das Militär konfigniert; zum Eingreifen hat bisher keine Ursache vorgelegen. — In einer zweiten Versammlung beschloffen die Streikenden, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen.

In Neapel haben in der Nacht zum Montag die Straßenbahnen ebenfalls Versammlung abgehalten. Sämtliche Straßenbahn-Angehörigen, 1000 Mann, waren erschienen. Die Straßenbahnen Neapels befinden sich in den Händen zweier Gesellschaften, der „Belgischen“ und der „Società du Rob“. Die Angestellten der ersteren standen mit der Direktion schon längere Zeit in Unterhandlung. Ihre Forderungen sind folgende: Einführung des Achtstundentags; alle 14 Tage einen freien Tag ohne Abzug des Gehalts; Einführung eines Lohnminimums für das gesamte Personal von 8 Lire 50 Ctm., unbeschadet der Erhöhungen, die nach Dauer der Dienstzeit und nach den verschiedenen Dienstgraden einzutreten haben. Die Direktion will für das Fahrpersonal der elektrischen Wagen die 10stündige Dienstzeit bewilligen; für die Angestellten beim Pferdebetrieb (Tram und Omnibus) soll die 12stündige Dienstzeit aufrecht erhalten bleiben. Zu den übrigen Punkten verhält sich die Direktion ebenfalls ziemlich ablehnend, so daß die Verhandlungen abgebrochen wurden. Die Angestellten der anderen Gesellschaft, die vollständig in der Versammlung vertreten waren, erklärten sich mit ihren Kameraden solidarisch und gingen mit in den Streik. Am Tage nach dem Streik lief in Neapel kein Wagen; das Publikum, das durch ein Manifest der Arbeitskammer aufgefordert wird, die Streikenden moralisch und materiell zu unterstützen, scheint mit seinen Sympathien auf Seiten der Ausständigen zu stehen.

Zum amerikanischen Stahlarbeiterstreik wird gemeldet: Der Stahltrust hat zwei Anlagen in den Painterwerken wieder in Betrieb gesetzt, während die Richterverbände der Eisenwerke die Arbeit niederlegten. — Die Weichblecharbeiter in Idaho und Ohio verweigern die Bearbeitung ausländischer Halbfabrikate. — Schaffer telegraphierte den westlichen Mitgliedern, daß wenn sie nicht streikten, sie einen höheren Zuschuß zur Streikliste zahlen müssen.

Das „Bureau Herald“ meldet unter dem 15. August: Die Chicagoer Stahlarbeiter verweigerten nach einer Meldung aus New-York die Befolgung der Streikforder, worauf Schaffer ihre Ausstoßung aus dem Arbeiterbunde verfügte.

## Sociales.

**Lage des Arbeitsmarktes.** Der Beschäftigungsgrad in Industrie und Gewerbe ist im Juli wesentlich zurückgegangen. Aus den Bezirken des Bergbaus, der Eisen- und Maschinenindustrie werden der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ Feiertagsheften, Entlassungen und Lohnkürzungen gemeldet, wodurch bestätigt wird, daß nach einer kurzen und kleinen Erholung der Rückgang wieder in erhöhtem Maße eingeleitet hat. Während im vorigen Jahre, als der Umschwung der Konjunktur sich zum erstenmal auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machte, der Rückgang der beschäftigten Arbeiter im Monat Juli nach den Ausweisen der an die Reichsregierung der genannten Zeitschrift angeschlossenen Anzeigeböden 0,3 Proz. betrug, ist im Juli d. J. trotz schon stark vermindertem Arbeiterstande ein solcher von 0,5 Proz. zu verzeichnen. Entsprechend dieser Abnahme der beschäftigten Arbeiter ist auch der Andrang von Arbeitsuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweiser gestiegen. Im Juli d. J. kamen auf 100 offene Stellen 122,2 Arbeitsuchende; im Juli d. J. stieg der Andrang aber auf 100,9. Von den Arbeitsnachweiser wird namentlich vermehrter Andrang von Metallarbeitern und Bauarbeitern gemeldet. Für letztere bleibt eine Wendung zum Besseren bei Beginn der Herbstbauten wenigstens an manchen Orten noch möglich.

**Die Verlängerung der Ausnahmen von den Arbeiterschutzbestimmungen.** Bekanntlich sind die durch das Ergänzungsgesetz zur Gewerbe-Ordnung vom 1. Juli 1891 beschlossenen Arbeiterschutzbestimmungen infolge der Bemühungen der Arbeitgebervereinigungen vielfach dadurch durchlöcherlich geworden, daß für verschiedene Betriebsarten Sonderbestimmungen erlassen wurden, in welchen die Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juli 1891 aufgehoben oder geschwächt wurden. Statt einer höchstens zehnstündigen Arbeitszeit zwischen 5 1/2 Uhr morgens und 8 1/2 Uhr abends für die jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren und einer höchstens elfstündigen Arbeitszeit in denselben Tageszeiten für Arbeiterinnen über sechzehn Jahre unter Verbot der Nacharbeit war so den Kohlenzuckerfabrikanten, Zuckerraffinerien, den Steinöhlen- und Bergwerken, Zin- und Bleierzbergwerken und Koksereien gestattet, jugendliche Arbeiter schon von 4 1/2 Uhr morgens bis 10 Uhr abends täglich 12 Stunden und weibliche Arbeiter über 16 Jahre täglich bis 11 Stunden zu beschäftigen, die statt von zusammen zwei Stunden nur von einer Pause von einer Stunde unterbrochen werden und eine Woche um die andre Nacharbeit für jugendliche und weibliche Arbeiter zugelassen. In Walz- und Hammerwerken dürfen jugendliche Arbeiter 12 Stunden in Tag- oder Nachtschicht einschließlich von Pausen von zusammen einer Stunde beschäftigt werden; aber diese Pausen von zusammen einer Stunde kann aus Arbeitsunterbrechungen von weniger als 1/4 Stunde zusammengerechnet werden. In Drahtziehereien mit Wasserdampftrieb dürfen jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren bei diesen 60 Arbeitsstunden wöchentlich abwechselnd in Tag- und Nachtschicht auch einen Sonntag um den anderen von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends beschäftigt werden. In Spinnereien ist die elfstündige Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren zugelassen und in Ziegeleien ist für jugendliche Arbeiter eine elfstündige und für Arbeiterinnen über 16 Jahren eine zwölfstündige tägliche Arbeitszeit zugelassen, die schon um 4 1/2 Uhr morgens beginnen darf und erst um 9 Uhr abends beendigt sein braucht.

Diese Ausnahmen, die freilich, wie alle Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten zeigen, noch vielfach überschritten werden, sind meist für eine Zeit von 10 Jahren zugelassen und ihre Mäßigkeit läuft für die in Steinöhlen-, Zin- und Bleierzbergwerken, Koksereien, Kohlenzuckerfabriken und Zuckerraffinerien beschäftigten Arbeiter am 31. März 1902, für die in Hammer- und Walzwerken und Drahtziehereien mit Wasserdampf beschäftigten mit dem 31. März 1902 und für die in Spinnereien und Ziegeleien Beschäftigten mit dem 31. Dezember 1903 ab. Aber bereits seit einiger Zeit machen, wie schon in „Vorwärts“ mitgeteilt, namentlich die Zuckerraffinerien, die Zin- und Bleierzbergwerke - Besitzer und die Eigentümer der Walz- und Hammerwerke große Anstrengungen bei den Aufsichtsbehörden und dem Bundesrat, um die Verlängerung dieser Vergünstigungen um weitere zehn Jahre zu erreichen. Da ist die einheimische Industrie bedroht, ihre so schwer errungene Position zu verlieren, wenn die Ausdehnung der jugendlichen und weiblichen Arbeitsschäfte eingeschränkt wird; da leidet die technische Ausbildung und das sittliche Wohl derselben, und es müßten eigentlich die Ausnahmen noch erweitert werden. Der Centralverband Deutscher Industrieller verlangt in einer Eingabe an den Bundesrat vom 5. Februar dieses Jahres, daß nicht nur die Ausnahmebestimmungen für die Walz- und Hammerwerke auf weitere zehn Jahre verlängert werden, sondern daß sie auch auf die Thomas- und Martinofenbetriebe und die Dolomitvermerzeien ausgedehnt werden, daß von einer einständigen Gesamtdauer der Pausen ganz Abstand genommen werde. Dabei erklären sie, daß die Frauenhand sich zum Auslesen der Zylinder besonders eigne, und daß die Nacharbeit dem Jüngling keineswegs schade, da er sich am Tage außer der Schlafzeit im Freien tummeln könne. Die oberhessischen Bergwerks- und Hüttenbesitzer ihrerseits erklären, daß die beschriebene Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Montanindustrie und ganz besonders in den oberhessischen Zin- und Bleierzgruben geradezu notwendig und gesund für die Arbeiterinnen sei.

Die Ausnahmebestimmungen für die Zin- und Bleierzbergwerke und für die Kohlenzuckerfabriken und Zuckerraffinerien sind es, die am ersten ablaufen, nämlich am 31. März 1902. Gelängt es den intensiven Bemühungen der Scharfmacher, eine Verlängerung dieser Ausnahmebestimmungen beim Bundesrat durchzusetzen, so ist

nicht zu bezweifeln, daß auch die Unternehmer der anderen Betriebsarten die Verlängerung und Erweiterung derselben erreichen und statt der so notwendigen Erweiterung des Arbeiterschutzes erfolgt eine noch rückfälligere Ausbeutung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskraft.

Daher gilt es hier: Principiis obsta! In der Presse, in Vereinen, Versammlungen und im Reichstage muß diesen Bestrebungen nach Verlängerung der Ausnahmen von den Arbeiterschutzbestimmungen mit größter Entschiedenheit entgegengetreten werden!

## Gerichts-Beitrag.

Ein ungetreuer Postbeamter stand gestern in der Person des vom Amte suspendierten Postkassiers Wilhelm Schütt vor der Ferienstrassammer des Landgerichts I. Als der am Paketpostamt beschäftigte Postkassier Bucagnski am 16. Oktober v. J. abrechnete, stimmte ihm seine Kasse um 17 M. nicht. Er stellte fest, daß unter den Paleten, die ihm zur Bestimmung in seinem Revier zugewiesen und von ihm in das betr. Paletfach gestellt worden waren, sich ein an den Kaufmann Goldmann in der Alten Leipzigerstraße adressiertes befunden hatte, auf welches 17 M. Zollgebühren zu erheben waren. Da er dies Palet faktisch nicht an seine Adresse befördert hatte, es aber dort angekommen und der Betrag von 17 Mark Zollgebühr an einen unbekanntem Postbeamten bezahlt worden war, so wußte das Palet aus dem Postamt entfernt worden sein und ein Unbefugter die Zollgebühr erhoben haben. Der Verdacht der Thätlichkeit fiel auf den Angeklagten, der wegen Diebstahls vor das Schöffengericht gestellt wurde. Das letztere erklärte sich aber für unzuständig, weil nach seiner Ansicht sich der Angeklagte nicht um einen Betrag gegen Herrn Goldmann schuldig gemacht, sondern auch als Postbeamter ein der Post anvertrautes Palet der Verwahrung und Bestimmung entzogen, mithin sich gegen § 354 des Strafgesetzbuches vergangen habe. Der nunmehr vor die Strafkammer Gestellte leugnete jede Schuld, und ihm kam zu gute, daß Herr Goldmann ihn nicht als den Ueberbringer des Palets und Empfänger der 17 M. wieder zu erkennen vermochte. Dagegen sprachen verschiedene Indicien gegen ihn. Sein Arbeitsregal war demjenigen des Bucagnski unmittelbar benachbart und er konnte im gegebenen Augenblicke schnell in ein fremdes Fach hinübergreifen. Sehr belastend war der Umstand, daß nach Aussage seines Postillons dieser am 16. Oktober auf Anweisung des Angeklagten nach dem nicht zu seinem Revier gehörigen Hause Alte Leipzigerstr. 2 hätte fahren müssen und der Angeklagte auf kurze Zeit in das Haus gegangen war. Dazu kam, daß er seinen Postfahrer, der ihm Hilfsdienste leistete, kurz vorher nach Hause geschickt hatte. Endlich hatte er nach Einleitung der postalischen Ermittlungen seinen Postillon zu bewegen versucht, von jenem Besuche des Hauses Alte Leipzigerstr. 2 nichts zu verraten. Der Gerichtshof hielt diese Verdachtsmomente für völlig ausreichend, um die Schuld des Angeklagten zu erweisen. Dieser wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts wegen Amtsunterdrückung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Wie fährt sich's so gemächlich. Ein häßlicher Austritt auf der Pferdebahn beschäftigte gestern das Schöffengericht. Als an einem Juni-Abende der letzte nach Montag gehende Pferdebahn-Wagen jedoch die Haltestelle am Königsplatz verlassen hatte, wollte der Passant B. noch auf den Hinterperren steigen. Hier standen bereits fünf Herren. Einer von diesen, der Kaufmann H., vertrat dem Aufsteigenden den Weg mit dem Bemerkten, daß alles besetzt sei. B. erwiderte: Das ist mir einerlei, ich komme doch mit! Dabei brach er sich mit solcher Gewalt Bahn, daß B. gegen die hinter ihm stehenden Herren sog. Es kam zu gegenseitigen Schimpfereien, bis B. zu Thätlichkeiten überging und seinem Gegner eine Ohrfeige verjegte, die von dem Geschlagenen auf der Stelle erwidert wurde. Es würde wohl eine wilde Schlägerei entstanden sein, wenn nicht jetzt der im Innern des Wagens beschäftigte gewesene Schaffner herabgekommen wäre und die Streitenden getrennt hätte. Von beiden Seiten wurde Straf-antrag wegen Beleidigung und Körperverletzung gestellt, beide hatten auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Das Gericht sah den Angeklagten B., der zuerst geschlagen hatte, etwas härter an, als dessen Mitangeklagten und Gegner, der mit einer Geldstrafe von 20 Mark davonkam, während B. zu 30 M. verurteilt wurde.

## Versammlungen.

Im socialdemokratischen Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis fand am Mittwoch die Fortsetzung der Diskussion über die Neu-Organisation des Kreises statt. Die Debatte, bei der es sich hauptsächlich um die Frage der Wahl der Vertrauenspersonen handelte, war eine äußerst lebhaft; die Gründe für und gegen die geplanten Änderungen wurden in ausgiebigster Weise nochmals erörtert. Die Freunde des Entwurfs der Kommission vertraten insbesondere den Standpunkt, daß nur der organisierte und für die Partei thätige Genosse das Recht haben könne, über die Angelegenheiten der Partei mitzubestimmen und daß durch die Verlegung der Kommittee in den Wahlverein und durch die Annahme des Entwurfs die Organisation mehr Mitglieder und größere Macht gewinnen würde, und auch das Interesse der Mitglieder am politischen Leben einen bedeutenden Aufschwung nehmen würde. In diesem Sinne äußerten sich die Genossen Guttman, Ernst Garbeon, Wendsee, Hinge und Kiesel. Dagegen traten die Genossen Borgmann, Augustin und Kröpp, für die öffentliche Wahl der Vertrauensleute ein und begründeten ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Kommissions-Entwurf hauptsächlich damit, daß sie behaupteten, es würde dadurch eine Entrechtung der Frauen und solcher Genossen, die durch irgend welche zwingenden Gründe am Eintritt in den Wahlverein behindert sind, herbeigeführt. — Die Ausführungen der verschiedenen Redner wurden oft durch Beifalls- und Mißfalläußerungen unterbrochen. Nach etwa 3 1/2stündiger Debatte wurde die Generaldiskussion geschlossen und dann wurde der folgende, von Genossen Borgmann gestellte Antrag angenommen: Die Generalversammlung beschließt mit Rücksicht auf die Gesetzgebung in Preußen, daß das wohlbewährte System aufrecht zu erhalten ist.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielt am Mittwoch in Cöln Festivals eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärten die Versammelten das Anwesen der verstorbenen Kollegen Grimm und Grunert durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gab der Bevollmächtigte das Urteil des Verbandsausschusses in Sachen Wener, dessen Wahl als Ortsverwaltungs-Mitglied wiederholt nicht bestätigt worden ist, bekannt. Aus dem Urteil geht hervor, daß der Ausschuß die Gründe des Hauptvorstandes nicht für stichhaltig erachtet hat. Somit ist W. als Ortsverwaltungs-Mitglied anzuerkennen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der am 30. Juni in Köpenick stattgehabten Cantonkonferenz zeitigte noch eine lebhafteste Diskussion darüber, ob 5 oder 10 Pf. pro Quartal und Mitglied zur Erhaltung eines besoldeten Gewalters für Brandenburg an die Hauptkasse abgeführt werden können. Schließlich wurde beschlossen, 5 Pf. zu bewilligen. Die seitens des Hauptvorstandes vorgenommene Abstimmung in dieser Frage wurde auf das schärfste kritisiert, da diese Maßnahme einen unerlaubten Eingriff in die Rechte der Berliner Verwaltungsstelle bedeute. Es soll diesbezüglich Beschwerde beim Ausschuß eingelegt werden.

Charlottenburg. Als Einleitung zur Agitation für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen fand am 13. August eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Hirsch einen Vortrag ab: „Die Socialpolitik der Charlottenburger Gemeinde-Vertretung“ hielt, und einen genauen Bericht über die bisherige Thätigkeit der beiden socialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament Genosse Baake und Hirsch gab. Er äußerte an, daß bei der großen Zahl der bürgerlichen Vertreter es den beiden leider gar nicht möglich ist, allein Anträge zu stellen, geschweige denn dieselben durchzubringen. Es ist durchaus notwendig, daß, um dies zu erreichen, bei der nächsten Wahl äußerst lebhaft agitiert wird, damit auch Charlotten-

burg eine seiner sonstigen Wählerzahl entsprechende socialdemokratische Gemeindevertretung bekommt. Genosse Baake forderte hierauf die Anwesenden auf, diesmal nachzugehen, was schon vor zwei Jahren hätte erreicht werden müssen. Eine Diskussion fand nicht statt. Es folgte hierauf die Wahl der Delegierten zu der am 18. August stattfindenden Kreiskonferenz. Bevor zu derselben geschritten wurde, nahm die Versammlung einen Antrag an, die Resolution Jubel aufzuheben. Gewählt wurden Genosse Baake, Selin und Frau Dr. Gradnauer. Die Lokalkommission brachte hierauf die Sperrung über die Cambrinus-Brauerei zur Sprache, und wurde von der Versammlung beschlossen, dieselbe aufzuheben, wenn sich die Direktion durch Unterschrift verpflichtet, den Saal bis zum 30. September jeden Donnerstag und Sonntagvormittag unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, und vom 1. Oktober ab denselben täglich freigeibt. Das Sommerfest des Wahlvereins findet nunmehr am 1. September bei Hoffmann statt. Durch Erheben von den Sigen gedachte die Versammlung des Todes-tags ihres alten Liebsteins.

Der socialdemokratische Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz hielt am 14. d. M. seine Monatsversammlung ab. Genosse Dr. Schütte sprach über die Todesstrafe. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und vom Genossen Bernstein in der Diskussion in einzelnen Punkten ergänzt. Die Wahl der Delegierten zur Kreiskonferenz rief eine längere Diskussion hervor; Vogheimer und Wenzel schlugen vor, die Wahl dieser Delegierten in einer öffentlichen Versammlung vorzunehmen, um einer etwaigen Ungültigkeitserklärung der Mandate vorzubeugen. Eine Anzahl Parteigenossen vertraten jedoch den Standpunkt, daß, da in unserem Ort eine Frauenbewegung nicht existiere, auf die sonst selbstverständlich Rücksicht zu nehmen wäre, die Delegationen von der Vereinsversammlung erledigt werden könnten. Mit großer Majorität wurde letzteres beschlossen und die Genossen Ed. Bernstein, Vogheimer und Wenzel zur Generalversammlung und Kreiskonferenz delegiert. Der Rest der Verhandlungen war der Lokalfrage gewidmet. Als Lokalkommissions-Mitglieder wurden die Genossen Vogheimer und Marquardt gewählt. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, recht fleißig Unterschriften auf den Petitionslisten gegen die Kornzölle zu sammeln, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rummelsburg. Am 13. August tagte in Weigels Lokal eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in der Genosse Gehl-Berlin einen Vortrag hielt über „Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaften“. Die Diskussion war eine lebhafteste, sämtliche Redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Die Sonnenproklamation im Unterhaus.

London, 15. August. (W. T. U.) Unterhaus. Bei der zweiten Lesung der Appropriations-Bill richtet Harcourt eine Anfrage an die Regierung hinsichtlich des Fortganges des Krieges und der Zahl der feindlichen Truppen; er führt aus, die in der letzten Proklamation zum Ausdruck gebrachte Politik sei weder ehrenvoll, noch wirksam; die Regierung habe kein Recht, dem Feind mit Verbannung zu drohen. Die Proklamation würde den Feind nur erbittern, aber nicht zur Unterwerfung zwingen. Der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, erwidert, er könne den bereits früher abgegebenen Erklärungen hinsichtlich der Zurückziehung der Truppen nichts hinzufügen. Die Nachricht, Kitchener werde am 15. September zurückkehren, entbede jeder Begründung. 35 000 Boeren wären gefangen genommen oder hätten sich ergeben. Chamberlain bestreitet, daß die Proklamation die Vooren des Reichs der Kriegsführenden beraube und erklärt, die Regierung habe beim Schluß des Krieges das Recht, von ihrem eignen Gebiete zu verbannen, wen sie wolle.

Chamberlain fährt fort, es gäbe eine Grenze zwischen Kriegsführenden und Banditen. Wenn der Feind nicht in Trupps, sondern zu zwei oder drei durch die englischen Kisten schleiche, um zu plündern und zu morden, dann sei es schwer zu sagen, daß diese Grenze nicht erreicht sei. Die Politik Amerikas auf den Philippinen, wie sie in der Proklamation des Generals McArthur zum Ausdruck gebracht, werde auch sicherlich die Politik der englischen Regierung sein, wenn der Krieg in einen Banditenkrieg entarte. Beifall. Die Führer der Boeren hielten die Leute im Felde in der Hoffnung auf eine fremde Intervention oder auf eine Aenderung in der öffentlichen Meinung in England. Man wisse, wie ansichtslos beide Erwartungen seien. Entweder würde die Proklamation den Krieg zum Ende bringen oder wenigstens die Kolonien von den Leuten befreien, die sich unverschämlich gezeigt hätten.

Frankfurt a. M., 15. August. (W. T. U.) Der „Frankf. Stg.“ wird aus New York gemeldet: Die Truppen Venezuelas haben bereits 7 Gesandte mit den kolumbianischen Eindringlingen gehabt. Dabei sind 300 Venezolaner gefallen. Das Gros der beiden Armeen kämpfte noch nicht. Staatssekretär Hay hat plötzlich seinen Urlaub unterbrochen und ist nach Washington zurückgekehrt.

London, 15. August. (W. T. U.) Heute wurde ein Notenwechsel betreffend China veröffentlicht, der sich auf die Periode vom 1. Januar bis zum 6. April erstreckt. Diese Noten enthalten Mitteilungen über bereits bekannte Vorgänge. Die letzten Depeschen beziehen sich auf die Mandchurien. Am 5. April erschien der russische Botschafter Vessar im Auswärtigen Amt und machte diesem die Mitteilung, daß Rußland die Unterhandlungen bezüglich der Mandchurien nicht weiter fortzusetzen beabsichtige. Er fügte hinzu, daß unter den derzeitigen Umständen ein Abkommen, welches die Bedingungen für die Räumung der Mandchurien festsetze, anstatt als Beweis freundlicher Gesinnung Rußlands gegenüber China zu dienen, für China der Aniaß zu ernstern Schwierigkeiten werden könnte. Rußland habe sich daher geweigert, sich in weitere Unterhandlungen einzulassen und werde ruhig die weitere Entwicklung der Ereignisse abwarten.

London, 15. Aug. (W. T. U.) In der heutigen Sitzung der Unabhängigkeitskommission brachte der österreichische Delegierte die Beschwerden von 54 Oestreichern vor, die wegen des Komplotts gegen Lord Roberts unrechtmäßig verhaftet und deportiert worden seien. Im ganzen seien bei dieser Gelegenheit 874 Personen verhaftet worden, aber es sei niemals ein Beweis dafür erbracht worden, daß das Komplott überhaupt bestanden habe. Erdrach erwidert, den fremden Konsuln sei sofort von den Verhaftungen Mitteilung gemacht worden; sie seien benachrichtigt worden, daß diejenigen auf einen Verdacht hin Verhafteten, für deren Verhalten die Konsulu Bürgschaft übernehmen, freigelassen werden würden. Es sei den Konsuln jede Gelegenheit gegeben, zu Gunsten der überhaupt hierbei in Frage kommenden Personen zu intervenieren.

London, 15. August. (W. T. U.) Unterhaus. McNeill fragt die Regierung, ob der Kriegsreporter des „Berliner Tagesblatts“, Weherbach, in Africa als Spion verhaftet worden sei, ob er kriegerisch in Mittelburg abgeurteilt werden solle und ob in dieser Angelegenheit eine Mitteilung von der deutschen Regierung eingegangen sei. Finanzsekretär Lord Stanley erwidert, die Regierung sei über diese Angelegenheit nicht unterrichtet; von der deutschen Regierung sei keine Mitteilung eingegangen.

Middelburg, 15. August. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Oberst Gorringe hatte gestern mit den unter Krügingers Oberbefehl stehenden Kommandanten Erasmus, Pyper und Cachel in der Nähe von Etepsburg ein Gefecht. Erasmus und Cachel wurden tödlich verwundet, viele Gefangene wurden gemacht.

Manila, 15. August. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Oberst Grant nahm während eines Erkundungszuges, den er mit einer Abteilung des 6. Kavallerie-Regiments in der Nähe des Vulkan Taal in der Provinz Batangas machte, den Führer der Aufständischen, Oberst Martin Cabrera, dessen Adjutanten und sechs andre Aufständische gefangen. Dies wird von den Militärbehörden als das wichtigste Ereignis seit Aguinaldos Gefangennahme bezeichnet.



Die Ermordung des Rittmeisters v. Krofzig vor dem Ober-Kriegsgericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.) (Drahtbericht.)

Gumbinnen, den 14. August.

In dem sonst so stillen Regierungskämmling beginnt heute die Gerichtsverhandlung, der man allerseits mit größter Spannung entgegenfieht. Aus diesem Anlaß ist bereits eine Reihe Zeitungs-

Gumbinnen, den 15. August.

Erster Tag der Verhandlung.

Lange vor Beginn der Verhandlung macht sich in der Zister-

Der Leiter der Verhandlung, Ober-Kriegsgerichtsrat Scheer,

Rachdem der Vorsitzende Oberlieutenant Febr. v. Schimmelmann

Als dann verliest Militärgerichtsdirektor Müller das Erkenntnis

Der Vorsitzende führt alsdann aus, die Hauptverhandlung habe

Auf Antrag des Vertreters der Anklage wird auch das Er-

Als dann wendet sich der Vorsitzende an den Angeklagten

die Vernehmung der Angeklagten.

Marten ist ein großer, schlanker, fast bartloser junger Mann.

Angell, Sergeant Hidel, ebenfalls ein schlanker, junger Mann,

Als dann wendet sich der Vorsitzende an den Angeklagten

Jeder anständige Mensch, ganz besonders aber jeder Soldat

Als dann wird Marten weiter eingehend darüber vernommen,

Er erzählt: Ich hatte auf der Regimentskammer Telegraphen-

Während der Vernehmung bemerkt der Staatsanwalt Ober-Kriegs-

Angell: Ich hielt es für meine Pflicht. — Vorsitz: Hatten Sie

Angell: Ich hielt es im eignen Interesse für notwendig

Angell: Ich habe dann den Wächtermeister Schulz getroffen,

Angell: Ich habe dann den Wächtermeister Schulz getroffen,

eine Stallbesichtigung

Auf Anfrage wird den Vertretern der Presse bedient,

Gegen 4 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Vor-

Vernehmung Martens fortgesetzt.

Dieser bemerkt auf Befragen: Oberlieutenant v. Hofmann gab

Angell: Ich habe seit 1898 nicht geschossen. — Vorsitz: Waren

anwalt Ober-Kriegsgerichtsrat Meyer beantragt, das Schießbuch

Abdamm wird der Angeklagte

Sergeant Hidel

vernommen. Er berichtet auf Befragen des Vorsitzenden: Am

Angell: Ich habe seit 1898 nicht geschossen. — Vorsitz: Waren

Zeugenverhör.

Der erste Zeuge ist der Wächtermeister Supperich. Dieser er-

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Rigors. Arbeiter, Parteigenossen! Sonntag von 8-10 Uhr

Friedrichshagen.

Die nächste Versammlung des Arbeiter-

Waldmannslust.

Sonntag ist Flugblattverteilung.

Johannisthal.

Sonabendabend 8 1/2 Uhr findet bei Wertins

Die Monatsversammlung des socialdemokratischen Wahl-

Tokales.

An der Grenze zweier Welten.

Rechts vom Ringbahnhof des westlichen Vororts hat sich bereits

Tokales.

An der Grenze zweier Welten.

Rechts vom Ringbahnhof des westlichen Vororts hat sich bereits

Tokales.

An der Grenze zweier Welten.

Rechts vom Ringbahnhof des westlichen Vororts hat sich bereits

Tokales.

An der Grenze zweier Welten.

Rechts vom Ringbahnhof des westlichen Vororts hat sich bereits



Wahnhof aus sichtbare Neubau in die Luft schießt, in seinen aller Ordnung und Harmonie ins Gesicht schlagenden Kontrasten beinahe Unbehagen. Nahe dem einsam ragenden Mietsbau mit Balkons, Loggien, verschlossenen Eingängen und andrem Komfort der Kreuzzeit sieht eine kleine einstöckige Häuslerkate, eine von der Art, wo Vater den Schlüssel in die Dachrinne legt, wenn er morgens an die Arbeit geht. Ein großer Hof liegt im Hintergrunde, auf welchem sich Gänse und Hühner, Vögel und Schweine durcheinander tummeln. In ländlicher Ungeniertheit duftet ein Misthaufen auf die Straße hinaus. Nun folgt abermals eine Mietskaserne, die dann wieder von einem ländlichen Gehöft wie dem vorigen abgelöst wird, nur daß am hölzernen Eingangsthor das häßliche Wort „Schweinefäuche“ in großen Lettern prangt. Eine solche Warnungstafel, die auf Befehl der hohen Obrigkeit Verderben kündigt, findet sich noch verschiedentlich an den Thoren. Dem lieben Vorstevens muß die „Verstädlichung“ nicht zuträglich sein. Aber auch der stadtbildende Mensch fühlt in der Nähe so vieler Komposthaufen allerhand Mißbehagen, ein Zeichen, daß Stadt und Land so nahe zusammengedrückt einander in scharfen Gegensätzen behelligen und eine Vereinigung beiden Teilen nicht zuträglich ist.

„Et heit allens finen Devergang“, lautet ein plattdeutsches Sprichwort. Je weiter wir nach Osten, nach Berlin zu pilgern, je seltener werden die Zeichen des ländlichen Stilllebens. Zehn Minuten Weges, und statt des Froischonzerts tönt die wohlbekannte Glocke der „Elektrischen“ an unser Ohr. Wir treten bereits auf Asphaltpflaster; zu beiden Seiten der langen in die Gegend des Zoologischen Gartens führenden Querstraße türmen sich sehr silberglänzend hingeworfene Erzeugnisse allermoderisten Kunstlebens. Ein Jahrzehnt noch und auch in dem hinter uns liegenden Westen des Dorfes denkt niemand mehr daran, daß hier einst das liebe Vorstevens vom großen Sterben heimgesucht wurde. Das gute Tier erfreut sich wahrlich einer robusten Konstitution. Aber in einer Beziehung gleicht es der komplizierten Gestalt des Schillerschen Helden, dessen Charakterbild in der Geschichte schwankt. Es hat nämlich gar figliche Ohren. Das Froschkonzert war ihm wohlthuende Musik; der schrille Klang der „Elektrischen“ schneidet ihm in die Seele, sie läutet seinen Tod ein. So erklärt sich die Schweinefäuche.

**Winkelfonsulenten und Gewerbegericht.** Für die Gewissenslosigkeit mancher Winkelfonsulenten ist folgender Fall bezeichnend: Der Tischler K. hatte gegen den Pianofabrikanten Br. vor dem Gewerbegericht eine Klage wegen 18 M. angeblich rückständigen Lohnes anhängig gemacht. Am 28. Juni, dem Verhandlungstage, erklärte K., der seiner Sache wohl nicht ganz sicher war, daß er die Klage vorbehaltlos zurücknehme. Beide Parteien unterschrieben ferner, daß sie irgendwelche Ansprüche aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis nicht mehr hätten. Damit war die Angelegenheit nach dem geltenden Recht ein für allemal erledigt. Am 10. August erschienen nun K. und Br. wieder vor dem Gewerbegericht, da K. eine neue Klage eingereicht hatte. Während der Verhandlungen wurde nun festgestellt, daß es sich lediglich um die schon am 28. Juni erledigte Sache handelte. Auf Anraten des Gewerbegerichts Assessor Weyer zog der Kläger, dem nicht einleuchtete, daß er wegen ein und derselben Sache nicht mehrmals klagen könne, schließlich die Klage zurück und ersparte sich weitere Kosten. Hatte doch der Richter erklärt, „wenn so weiter geht, so würde, dann würde er dem Beklagten raten, für jeden Termin Entschädigung zu verlangen.“

Auf eine nach Erledigung der Sache an den Kläger gerichtete Anfrage, wer denn eigentlich diese neue Klage aufgesetzt habe, erklärte er, er habe für die empfangene „Rechtsbelehrung“ und das Aufsetzen der Klage zwei Mark bezahlt.

Es kann angefaßt werden, daß derartige Thorheiten den Arbeitern nicht eindringlich genug geraten werden, solche Winkelfonsulenten zu meiden. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat mit der Errichtung eigener Bureaus, und soweit dies nicht möglich ist, im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Einrichtungen geschaffen, welche es jedem Arbeiter ermöglichen, sachgemäße kostenlose Anstufung zu holen.

**Wegen der Bildung eines Kuratoriums für die Stadtbibliothek** und die städtischen Volksbibliotheken und Leseschulen, sowie wegen der Wahl von 10 Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung hierzu, ist dieser Versammlung eine Magistratsvorlage zugegangen, worin um die Zustimmung der Versammlung zu dem Magistratsbeschlusse und um die Vornahme der Wahlen ersucht wird.

**Zur Beschlußfassung** über die fernere Verwendung der Erträge der Friedrich-Wilhelm-Stiftung (Pulsen) und der Fünften des dieser Stiftung hinzugesetzten Kapitals von 15 000 M. ist der Stadtverordneten-Versammlung eine ausführliche Magistratsvorlage überhandt worden. Am 1. April 1902 läuft die Frist von 10 bzw. 8 Jahren ab, auf deren Dauer der Magistrat im Einverständnis mit den Stadtverordneten beschloffen haben, die Erträge der Stiftung zum Ankauf wertvoller Sammlungsgegenstände durch das Kunstgewerbe-Museum und zur Unterstützung talentvoller Jünglinge der Unterichtsanstalt des Museums zu verwenden. Der Magistrat ist damit einverstanden, daß die Frist um weitere 10 Jahre bis 31. März 1912 verlängert wird und ersucht nun die Stadtverordneten um ihre Zustimmung mit Rücksicht auf die fruchtbringenden Zwecke und Ziele.

**Der falsche Landesstrauerbart.** Aus Potsdam wird der „Berl. Zig.“ berichtet: „Bei der Trauerparade am Dienstag fiel der Pauer des Leibjagars-Regiments Nr. 2, das 125 Mann stark mit der Regimentsmusik aus Posen erschienen war, durch seinen wundervollen, wallenden Vollbart auf. Als aber die Husaren am Mittwoch Potsdam verließen, hatte der schöne Pauer nur einen Schnurrbart. Es stellte sich heraus, daß er sich eigens zu der Trauerparade den großen Vollbart hatte anleben lassen müssen. Wie wir hören, ist es Brauch, daß die Pauer der Totenopferjagars vor dem Kaiser mit einem großen Vollbart erscheinen. Da nun der Besitz eines schönen Vollbarts und die Fähigkeit, Pauer zu schlagen, bei wenigen Sterblichen vereint sind, so wird durch falsche Väter der Natur nachgeholfen.“

**Die Große und ihre Angehörigen.** Eine Korrespondenz meldet: Auch beim Wagenwäshen will die „Große Berliner“ sparen. Bisher erhielten die Wagenwäscher der Straßenbahn einen Tagelohn von 2,80 M. Das war jedoch der Verwaltung der splendiden „Großen“ zu viel und sie hat deshalb die Anordnung getroffen, daß die Wagen in Accord gewaschen werden. Für das Waschen und vollständige Reinigen eines Straßenbahnwagens, das je nach dessen Größe 2 bis 2 1/2 Stunden erfordert, werden nur 43 Pf. bezahlt. Ein Teil der Wagenwäscher, die sich mit dieser „Reform“ nicht einverstanden erklärten, sind aus dem Dienst der „Großen Berliner“ ausgeschieden.

Die Große hat sich in diesem Fall offenbar die Eisenbahnverwaltung zum Muster genommen, die aus „Billigkeitsgründen“ die schwere und gesundheitsgefährdende Arbeit des Wagenreinigens seit einiger Zeit von Frauen verrichten läßt.

**Gewinnungswechsel.** Auch unsere Lesern dürfte die Mitteilung der „Gagener Zig.“ interessieren, wonach Herr Eugen Richter, der nicht allein als Freimann, sondern auch als Hagestolz allen Stürmen zu trotzen wußte, mit seiner bisherigen Anschauung gründlich brechen und nächsten in aller Form und Feierlichkeit in den Stand der Ehe treten wird. Der bereits 63 Jahre alte Parlamentarier wird der Zeitungsmeldung zufolge die Witwe seines langjährigen Freundes Rudolf Parisius heiraten und in eine kürzlich von ihm angekaufte Villa in Groß-Lichterfelde übersiedeln. Diese

wenn auch späte Befolgung des Bibelwortes: „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei“, läßt die Hoffnung zu, daß Herr Richter zuguterlegt auch auf politischem Gebiete von seiner starrmanderlichen Prinzipienfestigkeit abweichen und sich, wenn auch nur ein ganz klein wenig sozialisieren wird.

**Der Aufzug.** Suddästen mit pilanten Ueberschriften in eigens dazu gemieteten Räumen aufzustellen, ist von uns schon früher geäußert worden. Die „Germania“ bringt einen Artikel über die schlimmen Wirkungen, welche diese fragwürdigen Schaustellungen auf junge Personen und Kinder ausüben und schreibt u. a.: „Aufzügen, welche die Woche nur 9 bis 10 M. verdienen, Fabrikmädchen, die sich kaum einmal in der Woche ein ordentliches Mittagessen kaufen können, alles bringt seine Ridel, um sich einen so zweifelhaften Genuß zu erkaufen, und um es einer großkapitalistischen Gesellschaft zu ermöglichen, recht hohe Dividenden für ihre Mitglieder auszuwerfen. Eltern und solche, denen Kinder zur Erziehung unterstellt sind, sollten ihren Kindern auf das strengste verbieten, jene Autoisoplofale zu besuchen, gewiß sind darin schon manche schlimme Reigungen, manche Fäulniskeime in kindliche Gemüter gelegt worden.“

Ans wird niemand in Verdacht haben, daß wir uns das bigotte Keuschheitsprinzip der „Germania“ zu eigen machen. Dennoch müssen wir in diesem Falle dem katholischen Blatt recht geben. Schädlicher kann ein Ridel kaum angewendet werden, als wenn er den „Autoisoplofalen“ zugeführt wird.

**Die dritte Erholungsstätte** des Heilstättenvereins vom Roten Kreuz ist gestern am Spandauer Berg eröffnet worden. Die Erholungsstätte ist gleich der in Panlow errichteten für weibliche Kranke und Genesende bestimmt. Eine vierte derartige Anstalt wird binnen kurzem in der Schönholzer Forst eröffnet werden.

**Immer langsam voran!** Ueber die Schutzvorrichtungen, die bis jetzt an 88 Wagen angebracht sind, äußert sich die Direktion der Großen in einer auch uns überlieferten Zuschrift u. a.: „Die bisherigen Erfahrungen lassen noch keine endgültigen Schlüsse zu, wenn auch die Schutzvorrichtung schon hier und da in Wirkung getreten ist. Man wird also wohl noch einige Zeit abwarten müssen, bis ein endgültiges Urteil gefällt werden kann.“

Da es mithin noch etliche Jahrzehnte dauern kann, bis genügend Erfahrungen gesammelt sind, will die Große ein überiges thun und angefaßt der jeden Straßenpassanten drohenden Gefahr die gesamte Einwohnerschaft Berlins in eine Unfallversicherung einlaufen.

**Den christlichen Sittlichkeitsaposteln** sei folgende Angelegenheit zu Belehrungsversuchen empfohlen. Das „M. Journal“ meldet, daß kürzlich mehrere reiche Herren mit nicht weniger als elf Damen der Halbwelt in einem chambre séparés eines Restaurants unter den Linden erschienen waren. Der Geschäftsführer beobachtete die Gesellschaft durch Guldächer und benachrichtigte selbst die Kriminalpolizei. Die Damen wurden daraufhin verhaftet. — In einem andern Fall lud ein Herr — anscheinend ein Russe — in einer Bar ein dort verkehrendes Dämchen ein, ihm in ein chambre séparés des oben erwähnten Lokals zu folgen. Dort spendierte er Rosel und Sekt und legte ein Zwanzigmarkstück auf den Tisch, um das Mädchen zu weiteren Liebeswirdigkeiten zu veranlassen. Dann verschwand er, angeblich um Geld zu wechseln. Die Dame wurde unsicher und wollte entfliehen. Da stellte sich ihr der reiche Russe als Kriminalkommissar Sch. vor, der sie dann auch nach dem Polizeipräsidium überführte.

**Die leidige Unsitte** des Abbringens von dem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen ist der Tochter des Rentners L. in der Bahnhofstraße zu Schöneberg recht lädel bekommen. Beim Abbringe blieb sie mit dem Kleide an der Ausrittsstufe hängen, stürzte nieder und wurde so eine Strecke mitgeschleift. Die Verunglückte hat sich eine Verrenkung des linken Armes, sowie Verletzungen an den Schultern und am Kopf zugezogen, die zum Glück nicht lebensgefährlich sind.

**Wegen mehrfacher Schwindeltaten** ist die 20 Jahre alte, unberechnete, zu Dessau geborene Elise Jabel festgenommen worden. Sie hat sich bei ihren Betrügereien außer ihrem eigenen Namen noch der Namen Veil oder Bein oder Faust aus Bitterfeld bedient und in einem Fall angegeben, Kassiererin bei Jordan, Markgrafstraße 105/107, zu sein. Besonders kenntlich ist die Jabel an ihrem dicken schwarzen Kopfschmuck und sächsischen Dialekt. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß noch weitere, bisher nicht zur Anzeige gekommene Betrugsfälle der Jabel, speziell in Geschäften der Damenartilleriebranche, vorliegen, werden die Betroffenen ersucht, bei dem nächsten Polizeirevier oder während der Vormittagsstunden von 9—11 Uhr sich im Zimmer 43 des Polizeidienstgebäudes am Alexanderplatz zu melden.

**Zeugen gesucht.** Am 11. August, am letzten Sonntag, nachmittags, wurde ein Radler aus Berlin in Wilhelmshagen von der elektrischen Straßenbahn zu Tode gebracht. Personen, welche den Vorfall mit angesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse an den Vater des Getöteten, Herrn Fr. Dujarsky, Markgrafstr. 22, abzugeben. Es handelt sich um das Interesse der Witwe und der Waisen. Entschende Unkosten werden vergütet.

**Massentransporte russischer Gänse** treffen jetzt täglich hier ein. Die meisten kommen über Posen und Schlesien. Zu ihrer Verfrachtung dienen gedeckte Güterwagen mit 4 Stöckwerken. An den Seiten haben die Wagen nur Latteverläufe, damit die gewöhnlich nahe beieinander stehenden Tiere die nötige Luft bekommen. An beiden Langseiten sind Wasser- und Futtertröge angebracht.

**Ein bekannter Journalist,** Herr Karl Keller, der langjährige Lokalredakteur des „Berliner Tageblatts“, ist Mittwochabend nach längerem Leiden, 47 Jahre alt, gestorben. Keller hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

**Ein Bild des Glücks.** Am 1. d. Mts. mietete der 25 Jahre alte Maurer Ernst Wendi in dem Hause Warschauerstr. 48 eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung, die er mit seiner 24jährigen Frau Marie, geb. Hennig und einem 1 1/2 Jahre alten Töchterchen Frieda bezog. Wendi erzählte dem Hauswirt, daß er aus Niedersdorf komme und in Berlin auf einem Bau arbeite. Seine Sachen würden mit der Bahn nachgeschickt werden. Die Leute machten einen guten Eindruck. Der Wirt, der Mitleid mit ihnen hatte, nahm sie daher auch ohne Möbel auf und ließ ihnen noch eine Bettstelle, einen Tisch und einen Stuhl. Diese Einrichtung vervollständigte Wendi durch einen Strahjad und eine Pflanzdecke. Das war alles, was sich in der Wohnung befand. Die vorgebildeten Möbel aus Niedersdorf blieben aber aus. Der Mann, der die Miete im voraus bezahlt hatte, ging jeden Tag zur Arbeit weg und kehrte abends regelmäßig heim. Als er am Dienstagabend um 6 1/2 Uhr nach Hause kam, klopfte er vergeblich an. Er glaubte deshalb, daß seine Frau mit dem Kinde ausgegangen sei und besuchte daher Bekannte. Um 9 1/2 Uhr ging er dann wieder heim. Nun hörte er nur das Kind schreien. Er veranlaßte daher den Hauswirt, die verschlossene Wohnung zu öffnen. Hier fand man Frau Wendi in der Küche tot auf dem Fußboden liegen. Sie lag auf dem Rücken, nur mit einem Unterrock bekleidet. Das einzige Kind, das sie besaß, hatte sie nachmittags in einem von einer Nachbarin besorgten Blechtöpf gewaschen; es war noch nicht trocken. Das Kind lag in der Stube und jammerte vergeblich nach der Mutter. Ein Arzt, der gerufen wurde, konnte die Todesursache nicht angeben, stellte aber fest, daß die Leiche äußerlich nicht verletzt ist. Die Tote wurde nach dem Scheinwäshen gebracht, und Wendi ging mit seinem Kinde wieder nach Niedersdorf, um es dort unterzubringen.

**Der sogenannte Banker Max Opitz,** dessen Verhaftung wir gestern mitgeteilt haben, ist auf Veranlassung eines hiesigen Hofschäldeckermeisters B., der um wesentliche Summen geschädigt sein will, bei seiner ersten Vernehmung vom Untersuchungsrichter Herr in Haft genommen worden. Außer schwerer Urkundenfälschung soll Opitz, der aus Angermünde stammt, sich noch zahlreicher Unter-

schlagungen, des Raubens von Geld und mehrerer Betrugsfälle schuldig gemacht haben. Opitz betrieb hier mit einem Teilhaber, dem Chemiker Wilhelm Grote, der aber vor zwei Monaten ausgeschieden ist, in der Französischenstr. 8, I, ein kleines Bankgeschäft, das er vor einigen Jahren in der Leipzigerstr. 115 begründet hatte. Er ist der Sohn eines Glasermeisters und von Beruf Barbier. Als Schreiber eines Rechtsanwalts kam er nach Berlin, verdiente durch Grundstücksvermittlungen sehr viel Geld und gründete dann mit ungefähr 100 000 M. das Bankgeschäft. Dieses hat nie eine Bedeutung gehabt. Das Bank- und Vorkaufgeschäft war Lebenssache, Hauptsache war das Geschäft in Grundbesitz und Hypotheken. Zur letzter Zeit soll Opitz bei der Beteiligung an einer Zementfabrik und an Grundstückspekulationen Geld verloren haben.

**Ueber einen nächtlichen Aufritt,** bei dem ein Student zu seiner Verteidigung zum scharf geschliffenen Schlaget griff, wird uns aus Charlottenburg berichtet. Der Student Völer von der Technischen Hochschule, der der Landmannschaft „Borussia“ angehört, war am Mittwochabend auf der Kneipe in der Wirtschaft von Leu an der Ecke der Kirch- und Wallstraße gewesen und begleitete in der ersten Stunde Frau Leu und deren Schwester nach Hause. Auf dem Wege durch die Wallstraße mit den Damen laut scherzend, erregte er die Aufmerksamkeit mehrerer Leute, die ihn alsbald hänselten und anstempelten. Einer Schläger, die sich damals entwickelte, machten Schutzmann ein Ende, indem sie beide Parteien auf die Wache brachten. Als Völer von dieser entlassen wurde, waren die beiden Damen bereits nach Hause gegangen. Daher begab er sich noch einmal nach der Leu'schen Wirtschaft, in deren Nähe sich dann 20 bis 30 von den Burden ansammelten. Von mehreren Seiten gewarnt, nahm der Student, als er sich schließlich etwas angeheitert auf den Heimweg machte, von der Kneipe einen scharfen Schlaget mit. Dieser blanken Waffe gegenüber hielt die ganze Schar nicht stand. Dagegen lief sie zur Polizei, und die Folge war, daß Völer wieder nach der Wache gebracht wurde. Hier nahm man ihm den Schlaget ab, und als er dann ohne Wehr nach Hause gehen mußte, überließ ihn die feige Gesellschaft und mishandelte ihn.

**Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen.** Nachdem die Tätigkeit unserer Samariter-Kolonie für diesen Sommer größtenteils beendigt ist, arrangieren wir am Sonntag in Reumanns Volksgarten, Brunnenstr. 150, ein Sommerfest, bestehend aus Instrumentalkonzert, Vorträgen des beliebten Berliner Alt-Trios usw. Der Ueberreicht wird zum Besten der Kolonie zur Anschaffung von Inventar und Instrumenten verwendet. Eintrittskarten à 20 Pf. sind bei den Mitgliedern zu haben. Alle Freunde und Gönner der Kolonie sind hiermit eingeladen. Der Vorstand.

**Der in Arbeiterkreisen wohlbekannte Turnverein „Nichte“** eröffnet heute abends 8 Uhr in der Turnhalle der 60. Gemeindegemeinde, Friedrichstr. 33/34, die Uebungsstunden der 11. Männer-Abteilung. Die Turnstunden der neuen Abteilung finden regelmäßig an jedem Dienstag und Freitag abends von 8—10 Uhr statt. Der Vorstand hofft, daß die Arbeiterschaft des Halleschen Vorbezirks aus dieses neue Unternehmen des Vereins im Dienste der Gesunderhaltung des Volkes kräftigst unterstützen wird und bittet um recht regen Zuspruch.

**Aus den Nachbarorten.** Das Bergmannsfest in Niedersdorf-Kalkberge wird am 17. und 19. August gefeiert. Wir machen darauf aufmerksam, daß nur das Lokal von Nihilist frei ist.

**Die Frage der Eingemeindung des Vororts Friedenau** in Schöneberg scheint wieder in Fluß zu kommen. Der Grundbesitzerverein von Schöneberg will, wie es heißt, beim Minister des Innern wegen der Eingemeindung petitionieren.

**Unangenehme Nachbarschaft.** Wegen das neue Hundesahy I in Vanhij wurde von den benachbarten Hausbesitzern und ihren Mietern bei der dortigen Gemeindevertretung Beschwerde erhoben. Die unangenehme Nachbarschaft der bellenden, heulenden und winselnden Vierfüßler bilde sowohl für die Gebör- als für die Geräuschlosen der Anwohner eine empfindliche Belästigung. Die Gemeindevertretung nahm die Beschwerde zur Kenntnis und verweigerte ihr selbst kein Mittel zur Abhilfe zu Gebote stehende, die Beschwerde-führer auf den Klageweg.

**Aus Spandau** schreibt man uns: Eine neue Entdeckung ist im Verlauf der Nachforschungen wegen der Massenmordfälle in der Ullrich'schen Pulverfabrik Mittwoch spät abends gemacht worden. Man fand nämlich am Havelufer außerhalb der Stadt ein unterirdisches Lager von Diebesbeute. Das Versteck, das anderthalb Meter unter der Erde hergestellt war, barg große Mengen von vollkommen neuem Handwerkszeug, wie Bohrer, Feilen, Säbner, und ferner viele Rohmaterialien der verschiedensten Art, u. a. auch zwei große Fässer voll Spiritus. Die Verstecke war durch anonyme Zuschriften auf diesen Versteck der Spitzduben aufmerksam gemacht worden. Sie weiß ferner auch, daß als die Entdeckung der Diebesbeute bekannt wurde, aus den Verhaftungen verschiedener Personen Massen von Gegenständen nichts fortgeschafft wurden. Bei der späteren Durchsicherung der betreffenden Wohnungen war nichts Verdächtiges mehr vorgefunden worden. Bisher sind zehn Verhaftungen vorgenommen.

**Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen.** (Wegr. 1892.) Heute abend 9 Uhr in den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 20: Gesellschaftliche Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter** (C. & W.) Hamburg. Filiale in Berlin am 1. d. Mts. Sonntagabend 8 1/2 Uhr bei Frau Müller, Tiergartenstr. 37, Mittelbiederer-Versammlung. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, werden die Mitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Verein zielbewusster Händler und Geschäftsinhaber Berlins und Umgegend.** Freitag, den 16. August, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a: Generalversammlung.

**Eingegangene Druckschriften.** „Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Dr. A. Jostrow), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 22 des 4. Jahrganges unter anderem Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Klubs für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt a. M. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben. — Situationsberichte aus einzelnen Bänden: Berlin. Krankenkassen. Streikverweigerer für Deutschland, Österreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Centralisierung des Arbeitsnachweises in Berlin. Arbeitsmarkt München. Landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung in Russland. — Arbeitslosen-Versicherung: Arbeitsnachweise und Beschäftigungskationen. Schreibhube und Holzgerätekönig in München-Bladbach.

Von der „**Kommunalen Praxis**“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Verlag von Kaden u. Comp.) erschien heute die Nr. 14 des 1. Jahrganges. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien hier hervor: Wohnungswirtschaft in den Großstädten. Räumlicher Wandlungssinn in Schulen. Hausgewerbe. Kommunalprogramme (Das heftigste Kommunalprogramm). Kommunales Wohlrecht (Kritik des Stadtverordneten-Kollektivs zu Remscheid). Arbeiterverhältnisse (Mittel- und Hinterbliebenen-Versicherung häuslicher Arbeiter in Heidelberg. Wohnungen für häusliche Arbeiter. Jahrespreis-Gewinnung für Arbeiterkinder. Volkshaus bei Vergebung von Gemeinde-Arbeiten in Ostau. Arbeiter als Baukontrolleure. Volksbad in Ströbberg). Wohnungswesen (Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft. Sonderbare Mietverträge. Neues Erbbaurecht-Projekt in Frankfurt a. M. Städtisches Wohnungswesen in Oberfeld. Zur Wohnungsfrage in Darmen). Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahnen (Der Preis des elektrischen Stroms). Bildungswesen (Simultanlesen in München. Spielplätze für die Jugend. Eine Gemeinde-Apothek). Finanzwesen (Zum wärmenden Beispiel. Gehälter der Beamten in Stuttgart). Krankenpflege (Sozialdemokratische Krankenpflege in Belgien). Reichspräsident (Der Versuch des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten). Rundschau (Stadtverordnetenwahlen in Berlin. Stadtverordnetenwahlen in Bayreuth. Ein freies Gemeindefest in Berlin. Verbet Bürger! Das Recht der Frauen, als Stadträte und Stadtschöffen in London gewählt zu werden). Die „Kommunale Praxis“ erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 M. (eingetragen in der Polizeizeitung für 1901 unter Nr. 4019a, 4. Quart.)



**Vermishtes.**

In Königsberg i. Pr. stürzte gestern vormittag das Gerüst an dem Ehrenempfangsgebäude des Ostbahnhofes an verschiedenen Stellen ein. Drei Wäler fielen auf die Lokomotiv-Schiebebühne; einer von ihnen wurde getötet, zwei wurden verletzt. Ein vierter Gerüstführer konnte sich an Balken festhalten, bis er gerettet wurde. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht festgestellt.

Auf der Grube „Escarcelle“ bei Lille stürzte ein Schacht in einer Länge von 17 Metern ein, wobei vier Arbeiter verdrückt wurden. Bis 1 Uhr nachts wurden die Hilferufe der Verunglückten vernommen. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen.

Bei einem Automobil-Unfall, welcher sich gestern bei Libonue ereignete, wurden einer Meldung aus Bordeaux zufolge 4 Personen getötet und 2 verwundet.

Schiffsunfall. In der Nähe des Seelazarets St. Bartolomae stieß der in Triest für Russland neu erbaute Dampfer „Mongolia“ mit dem Küstendampfer „Sedenis“ zusammen. Der letztere, welcher am Achterteil stark beschädigt wurde, sank sofort. Die Mannschaft und die Passagiere konnten gerettet werden. Der Kapitän und der Schiffsoffizier erlitten Verletzungen.

Im Militärgefängnis zu Athen brach unter den Sträflingen eine Revolte aus. Die Sträflinge verletzten den Oberleutnant der Wache schwer, worauf das Militär Feuer gab. Hierbei wurden zahlreiche Sträflinge getötet und eine Anzahl schwer verwundet.

Der Räuber Knecht, der seit Monaten in München an den Wunden darniederlag, hat, die er bei seiner Verhaftung davongetragen hatte, ist jetzt ins Untersuchungsgefängnis nach Augsburg geschafft worden, wird sich also demnächst vor Gericht zu verantworten haben. Der in dem bekannten Feldenkampf von den Gendarmen verwundete Räuber ist heute ein sicherer Mann.

Aus Cleveland wird berichtet: Infolge Explosion eines Dampfkessels an Bord eines hier vor Anker liegenden Schiffes wurden 16 Arbeiter, welche sich in einem unterirdischen Gange befanden, der die 5 Meilen entfernte, im Erie-See befindliche Wasserstation mit dem Lande verbindet, abgsperrt. In dem Gange entstand ein Brand, wobei 11 Arbeiter durch Brandwunden schwer verletzt wurden, davon zwei tödlich. Vierzehn Arbeiter sprangen bei der Explosion ins Wasser, zwei von ihnen ertranken.

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. August 1901. Warm und schwül, zeitweise heiter, aber veränderlich bei schwachen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

**Witterungsübersicht vom 15. August 1901, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenharte	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenharte	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Swinebunde	757	SO	3	hls. bed.	15	Paparranda	770	SW	2	wolkent.	17
Hamburg	759	W	1	bedekt	17	Petersburg	770	D	1	wolkent.	16
Berlin	759	W	1	bedekt	17	Fort	759	SW	3	heiter	14
Krauff/M.	760	D	2	heiter	17	Aberdeen	-	-	-	-	-
Bränschen	763	SW	2	heiter	17	Paris	761	SW	1	bedekt	16
Wien	762	SW	1	wolkig	19						

**Marktpreise von Berlin am 14. August 1901**

Weizen, gut		Kartoffeln, neue, D-Gtr.		Roggen, gut		Schweinefleisch		Butter		Eier		Kartoffeln		Korn	
100	11.50	100	1.50	100	11.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	11.00	100	1.50	100	10.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	10.50	100	1.50	100	10.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	10.00	100	1.50	100	9.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	9.50	100	1.50	100	9.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	9.00	100	1.50	100	8.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	8.50	100	1.50	100	8.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	8.00	100	1.50	100	7.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	7.50	100	1.50	100	7.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	7.00	100	1.50	100	6.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	6.50	100	1.50	100	6.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	6.00	100	1.50	100	5.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	5.50	100	1.50	100	5.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	5.00	100	1.50	100	4.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	4.50	100	1.50	100	4.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	4.00	100	1.50	100	3.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	3.50	100	1.50	100	3.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	3.00	100	1.50	100	2.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	2.50	100	1.50	100	2.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	2.00	100	1.50	100	1.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	1.50	100	1.50	100	1.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	1.00	100	1.50	100	0.50	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50
100	0.50	100	1.50	100	0.00	100	1.50	100	2.50	100	4.00	100	1.50	100	1.50

Produktmarkt vom 15. August. Am Getreidemarkt war die Tendenz schon im Vorjahr heute matt. Verschiedene Momente trugen dazu bei; die Notierungen von den amerikanischen Plätzen lauteten niedriger, während sie aus Paris, Wien und Pest des katholischen Feiertages wegen fehlten. Verkäufend wirkte auch der amtliche ungrische Bericht über die Ernteschätzung, der recht günstige Zahlen anzeigt. Auch der gestrige ergebnisse Regen, der den Kartoffeln von großem Nutzen war, wirkte preisdrückend. Alle diese Gründe riefen starke Realisationslust hervor, so daß die Preise für Weizen um etwa 1/4, für Roggen um etwa 1/4, W. gegen gestrigen offiziellen Schluss sanken. Späterhin trat wieder eine leichte Besserung ein. Mehl behielt seinen gestrigen Stand. Hafer war bei lebhaftem Begehre dehaupt, ebenso Weizen trotz mütterem Amerika. Rüssel auf Realisationen bis 40 Pf. matter. Spiritus ohne Notiz.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstags und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

H. C. S. Die Verbrennung geschieht jetzt durch Elektrizität. Berlin. Ein Band geistlicher Vereine ist uns nicht bekannt.

G. H. Es heißt: Du kannst in ich nicht sehen.

H. 3. Leider ist das nur mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde (das ist in Berlin der Polizeipräsident, in übrigen Provinzen der Regierungspräsident) möglich. -- Tiium. Der kühnbedrängte Vertreter Hamburgs behauptete, Borkels im „politischen Sinne“ gäbe es nicht in Hamburg. Wohl aber gibt es in Hamburg und einer großen Reihe anderer Städte eine Reihe politisch gebildeter Borkels, das ist bei Gelegenheit der Beratung der lox Helme ausführlich im Reichstag dargelegt. -- G. M. An die Gasinspektion. -- H. 41. Ihrem Vater steht ein Anspruch auf Altersrente zu, falls er, wie Ihre Anfrage zu bezeugen scheint, Handgewerbetreibender der Textilindustrie war. -- M. H. 1. Ja. 2. Nein.

H. 3. 1. Ihre Mutter würde, falls kein Testament vorliegt, wählen können, ob sie nach mütterlichem Recht oder nach dem Erbrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches erben will. Dementprechend würden auch Ihre Rechte sich gestalten. Mit diesem mütterlichen Erbrecht verhält es sich wie unter 2 dargelegt. 2. Das Erbrecht der Witwe und Kinder eines Verstorbenen, dessen Ehe in der Zeit Brandenburg (nördlichlich Berlin) geschlossen ist, ist verfallen, je nachdem, ob die Ehe vor oder seit dem 1. Januar 1900 geschlossen war. War die Ehe nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen, so gelten bezüglich der Erbansprüche des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Es erbt also, falls kein Testament vorhanden ist, die Witwe 1/2, die Kinder 1/2, des Nachlasses. War die Ehe vor dem 1. Januar 1900 geschlossen, so tritt, falls kein Testament vorhanden ist, Erbordnung nach mütterlichem Provinzialrecht ein. Die Witwe hat das Recht, innerhalb der Ausschlagungsfrist (6 Wochen nach erlangter Kenntnis vom Tode) der Rechte, die ihr nach dem früheren Recht zustehen würden, die Erbfolge nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu wählen. Diese Erklärung muß notariell oder gerichtlich beglaubigt und innerhalb der sechsmonatigen Frist dem Nachlassgericht eingereicht sein. Nach dem Tode von ihrem Väterrecht keinen Gebrauch, so tritt das mütterliche Provinzialrecht in Wirksamkeit. Danach kann sie die mütterliche Erbportion oder die Erbportion des eigenen Vermögens wählen. Die mütterliche Erbportion besteht in der Hälfte des beim Tode vorhandenen gewöhnlichen Vermögens des Verstorbenen und seiner Frau, die andre Hälfte fällt an die Kinder. Die Witwe kann aber auch den Nachlass des Mannes den Kindern voll überlassen und ihr eigenes Vermögen zurücknehmen, also dieselbe Wirkung einwirken lassen, als ob sie auf den Nachlass verzichtet hätte. Die Mütterchen können durch das Nachlassgericht der Witwe eine Frist zur Erklärung darüber bestimmen lassen, ob sie von diesem zweiten Väterrecht Gebrauch machen will. Welche Art der Erbschaft am vorteilhaftesten ist, richtet sich nach den gesamten Umständen des einzelnen Falls. Zum Vermögen gehören stets auch die Schulden. -- Das selbe Recht, das hiernach der Witwe zusteht, steht einem Witwer zu.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Freitag, den 16. August.

Ovenhaus. Geschlossen.

Schauspielhaus. Geschlossen.

Neues Opern-Theater (Kraff).

Im Trianon-Theater: „Vehende Wieder.“ Anfang 8 Uhr.

Im Garten: Täglich großes Konzert.

Schiller (Moritz-Oper) Der Postillon von Loujumeau. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Die versunkene Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Alessandro Stradella. Anfang 8 Uhr.

Leistung. Geschlossen.

Neubau. Geschlossen.

Neues. Geschlossen.

Wesken. „Theater Charlottenburg“ (Eckens-Brett). Anfang 8 Uhr.

Seeschiffsbühne. Bunter Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.

Central. Die Weisza. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Geschlossen.

Carl Weis. Madame Bonivard. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Hecamerbaron. Anfang 8 Uhr.

Im Park: Großes Doppelkonzert und Spezialitäten.

Neue-Alliance. Frey Reiter. Anfang 8 Uhr.

Im Garten: Großes Gartenkonzert und „Aufsichtes Brett“. Anfang 6 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.

Wassig-Theater. Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

Wassig-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Mittelmeerfahrten. Kleine Preise.

Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

**Urania**

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Mittelmeerfahrten. Kleine Preise.

Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

**Castans Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
Neu! Neu! Neu!  
**Der künstliche Mensch!**  
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!  
Der „Clou“ der Pariser Welt-Anstaltung.  
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

**Zoologischer Garten**

**Grosses Doppel-Konzert.**  
Anfang 5 Uhr nachmittags.  
Entree 1 Mark.  
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder die Hälfte.

**Central-Theater.**  
Heute: Anfang 8 Uhr.  
Zum 720. Mal:  
**Die Geisha.**  
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Geisha.**

**Metropol-Theater.**  
W., Behrenstrasse 55-57.  
Wiederaufführung  
**Man lebt ja nur einmal!**  
Henry Bender — Georg Kaiser  
Frid Frid — Fritzi Georgette  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**W. Hoacks Theater.**  
Bismarckstrasse 16.  
Täglich Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
**Die schöne Galathee.**  
Operette in 1 Akt von P. Herold.  
Musik von Franz von Suppe.  
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

**Reichshallen.**  
Heute, sowie täglich: Symphonie. Sirenen der Stettiner Sänger.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Neue freie Volksbühne.**

Die erste Vereins-Vorstellung in diesem Vereinsjahr findet am Sonntag, den 15. September, im Belle-Alliance-Theater statt.  
Die Mitglieder wollen ihre Karten bis zum 1. September in den bekannten Zählstellen umtauschen.  
Diesjenigen Mitglieder, welche die Mittelung für August nicht erhalten haben, werden um Angabe ihrer genauen Adresse ersucht.  
Sonntag, den 18. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schiller-Theater.

**Opern-Vorstellung (Morwitz-Oper).**  
**Joseph in Aegypten.** 150/14  
Große Oper von Mehul.  
Lezte Opern-Vorstellung: Sonntag, den 25. August:  
**Der Barbier von Sevilla.**  
Komische Oper von G. R. Rossini.  
Karten zu beiden Vorstellungen für Mitglieder a 50 Pf., für Gäste a 1 M. (inkl. Garderobe) sind in nachstehenden Zählstellen sowie beim Kassierer zu haben:  
E. Anapp, Grünthalerstr. 5. E. Schmidt, Trebbowstr. 22. Ad. Vöhr, Ackerstr. 38. H. Feder, Goutwitschstr. 9. J. Pech, Wäldchenstr. 130. G. Bohnen, Kommandantenstr. 62. Laura Behrend, Neue Jakobstr. 6. Th. Stämpel, Mariannenstr. 26. G. Köhn, Raunigstr. 63. G. Kaufhold, Brühlstr. 62. G. Hees, Hüderdorferstr. 18.  
S. A.: H. Nest, Kassierer, Georgenkirchstr. 47, I.

**Apollo-Theater.**

Wiederauftreten von Robert Steidl als Wolzogen II.  
Sylvia Bjerring, deutsch-dänische Sängerin. The Novellos, Handstands-Künstler.  
Troupe Stelling, Komische Verwandlungs-Rock-Pantomime.  
Clown Harris, Kosmograph und sein boxender Hund. Neue Bilderserie.  
**Robert Steidl** Ueberbrettl-Parodie.  
Quatuor Toulousain, Französische Sänger. Eugenie Mariens, Internationale Soubrette.  
**Frau Luna** mit dem berühmten Luftballet Grigolatis.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. — Musikalische Leitung: Paul Milbitt. (16400)  
Täglich:  
Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochelegante Regalbahnen, Wärselbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.  
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:  
**Familien-Kränzchen.**

**Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik**  
Gutshaus, Berlin, S., Pringelstr. 46, verleiht gegen Kaution garant. neue Bettfedern d. B. 65 Pf., d. B. 1.25, d. B. 1.75, d. B. 2.25, d. B. 2.75, d. B. 3.25, d. B. 3.75, d. B. 4.25, d. B. 4.75, d. B. 5.25, d. B. 5.75, d. B. 6.25, d. B. 6.75, d. B. 7.25, d. B. 7.75, d. B. 8.25, d. B. 8.75, d. B. 9.25, d. B. 9.75, d. B. 10.25, d. B. 10.75, d. B. 11.25, d. B. 11.75, d. B. 12.25, d. B. 12.75, d. B. 13.25, d. B. 13.75, d. B. 14.25, d. B. 14.75, d. B. 15.25, d. B. 15.75, d. B. 16.25, d. B. 16.75, d. B. 17.25, d. B. 17.75, d. B. 18.25, d. B. 18.75, d. B. 19.25, d. B. 19.75, d. B. 20.25, d. B. 20.75, d. B. 21.25, d. B. 21.75, d. B. 22.25, d. B. 22.75, d. B. 23.25, d. B. 23.75, d. B. 24.25, d. B. 24.75, d. B. 25.25, d. B. 25.75, d. B. 26.25, d. B. 26.75, d. B. 27.25, d. B. 27.75, d. B. 28.25, d. B. 28.75, d. B. 29.25, d. B. 29.75, d. B. 30.25, d. B. 30.75, d. B. 31.25, d. B. 31.75, d. B. 32.25, d. B. 32.75, d. B. 33.25, d. B. 33.75, d. B. 34.25, d. B. 34.75, d. B. 35.25, d. B. 35.75, d. B. 36.25, d. B. 36.75, d. B. 37.25, d. B. 37.75, d. B. 38.25, d. B. 38.75, d. B. 39.25, d. B. 39.75, d. B. 40.25, d. B. 40.75, d. B. 41.25, d. B. 41.75, d. B. 42.25, d. B. 42.75, d. B. 43.25, d. B. 43.75, d. B. 44.25, d. B. 44.75, d. B. 45.25, d. B. 45.75, d. B. 46.25, d. B. 46.75, d. B. 47.25, d. B. 47.75, d. B. 48.25, d. B. 48.75, d. B. 49.25, d. B. 49.75, d. B. 50.25, d. B. 50.75, d. B. 51.25, d. B. 51.75, d. B. 52.25, d. B. 52.75, d. B. 53.25, d. B. 53.75, d. B. 54.25, d. B. 54.75, d. B. 55.25, d. B. 55.75, d. B. 56.25, d. B. 56.75, d. B. 57.25, d. B. 57.75, d. B. 58.25, d. B. 58.75, d. B. 59.25, d. B. 59.75, d. B. 60.25, d. B. 60.75, d. B. 61.25, d. B. 61.75, d. B. 62.25, d. B. 62.75, d. B. 63.25, d. B. 63.75, d. B. 64.25, d. B. 64.75, d. B. 65.25, d. B. 65.75, d. B. 66.25, d. B. 66.75, d. B. 67.25, d. B. 67.75, d. B. 68.25, d. B. 68.75, d. B. 69.25, d. B. 69.75, d. B. 70.25, d. B. 70.75, d. B. 71.25, d. B. 71.75, d. B. 72.25, d. B. 72.75, d. B. 73.25, d. B. 73.75, d. B. 74.25, d. B. 74.75, d. B. 75.25, d. B. 75.75, d. B. 76.25, d. B. 76.75, d. B. 77.25, d. B. 77.75, d. B. 78.25, d. B. 78.75, d. B. 79.25, d. B. 79.75, d. B. 80.25, d. B. 80.75, d. B. 81.25, d. B. 81.75, d. B. 82.25, d. B. 82.75, d. B. 83.25, d. B. 83.75, d. B. 84.25, d. B. 84.75, d. B. 85.25, d. B. 85.75, d. B. 86.25, d. B. 86.75, d. B. 87.25, d. B. 87.75, d. B. 88.25, d. B. 88.75, d. B. 89.25, d. B. 89.75, d. B. 90.25, d. B. 90.75, d. B. 91.25, d. B. 91.75, d. B. 92.25, d. B. 92.75, d. B. 93.25, d. B. 93.75, d. B. 94.25, d. B. 94.75, d. B. 95.25, d. B. 95.75, d. B. 96.25, d. B. 96.75, d. B. 97.25, d. B. 97.75, d. B. 98.25, d. B. 98.75, d. B. 99.25, d. B. 99.75, d. B. 100.25, d. B. 100.75.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.**  
Sonntag, d. 18. August: Früh-Lauf u. Radfahren (Gautag). Start: früh Punkt 1 Uhr Brandenburger Thor. Radmittags 2 Uhr nach Charlottenhof. Start: Schleißische Brücke. Höhe willkommen. 12/16

**Puhlmanns Vaudeville-Theater**  
Schönhauser-Allee 148.  
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Nur Kräfte ersten Ranges.  
Großer Erfolg! Wir brauchen keine Männer mehr!  
Große Ausstattungspolize in 2 Akten von Clefeld.  
Anfang: Sonntags 4 Uhr.  
F. Lehmann, Direktor.

**Schweizergarten**  
Am Königsthor. Am Friedrichshain.  
Täglich:  
**Theater. — Ball.**  
Neue Spezialitäten.  
Jeden Abend Berliner Leben.  
10 Uhr: Berliner Leben.  
Anfang 4 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.

**Gossmann-Konzertgarten**  
Krenzbergstr. 48, an der Kaybachstraße.  
Jeden Sonntag: Frei-Konzert und Ball.  
Montag und Donnerstag: Hamburger Sänger.  
Jeden Freitag: Norddeutsche Sänger.  
Entree 20 Pf.  
Bayringsforten 10 Pf.  
Bei unglücklicher Witterung im Saal. Radfahrer: Kränzchen.

**Sanssouci**  
Im Garten:  
Täglich:  
— Hoffmanns — Nordd. Sänger und Konzert.  
Donnerstag, Sonntag u. Montag:  
Tanzkränzchen.

**Kinderwagen-Bazar „Baby“.**  
1. Invalidenstr. 160, an Brunnenstr.  
2. Oranienstr. 21, an Adalbertstr.  
3. Belle-Alliancestr. 107, am Dönhofsplatz.  
4. Gr. Frankfurterstr. 115, an Andreasstr.  
5. Brunnenstr. 92, an Käsemarkt.  
6. Reichendorferstr. 26a, Wörlitz.  
7. Havelstr. 15, an Thurmstr.  
8. Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 55.  
Sportwagen von 4.00-6.00-8.00 Mk. 8, 10-100 Mk.  
Riesen-Auswahl. Theilzahlung gestattet.  
Bei grösseren Raten Cassapreise. Liefer. d. Post-Spar- u. Verzehrvereins.

**Charlottenburg, Friedbergstr. 19.**  
Wir empfehlen unser neu eröffnetes Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal. Vereinszimmer zu vergeben.  
Carl Klein, Carl Geseler.

**Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen**  
zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt  
**Julius Apelt, Skalitzerstr. 6.** am Kottbuser Thor. 7111L\*

**Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.**  
Am Dienstag, den 13. d. M., verliert unter langjähriges Mitglied der Wahlvereins

**Paul Kolbo.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Vorkriegshofs am Färberbrenner Weg aus statt.  
Der Vorstand.

**Dankagung.**  
Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meiner unvergesslichen Frau Magdalena sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Kirchbau-Kommerschen Männer-Chor, dem Schallub-Grandschwarz u. d. Kollegen u. Kolleginnen der Firma Verthoff meinen besten Dank.  
Emil Karg nebst Hinterbliebenen.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7/D.  
Täglich:  
**Auf fremder Erde.**  
Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Hugo Schulz.  
Kinführen der Excentric-Gännonnette Hadwig Böhm, des Grottesque-Komikers Paul Coradini, der Fräulein Douce, Sigert u. Alrodolien. The Karleys, Musikalische Komödianten. Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball.  
Anfang 4 Uhr.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Deute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung.**

## Bezirk Moabit!

Sonntag, den 18. August, vorm. 10 Uhr, im Lokale von Fischer, Waldstraße 8:

## Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Schlegel: Wieht es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit? 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Beschiedenes. 107/13  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 19. August 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Branchen-Versammlung

der Bürsten- und Pinselmacher Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Die Organisation in unserer Branche, wie sie ist und wie sie sein sollte. 2. Beschiedenes.  
Vorher findet eine Extra-Versammlung zur Wahl des Gesellen-Ausschusses statt. Es ist Pflicht aller in unserer Branche Beschäftigten zu erscheinen.  
In Branchenangelegenheiten wird ersucht, sich an den Obmann F. Belner, Engel-Ufer 4a, zu wenden.  
Die Branchen-Kommission. Der Gesellen-Ausschuss.

# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 17. August 1901, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

der Drahtarbeiter, Schlosser, Radler, Geslechtspinner und Hilfsarbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V.

Tages-Ordnung:  
1. Der Wert einer guten Organisation. Referent Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 117/16

## Vertrauensmänner-Konferenz für Moabit

bei Fischer, Waldstraße 8, abends 8 1/2 Uhr.

Dienstag, den 20. August 1901, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn

## Versammlung

aller auf Wandagen jeder Art beschäftigt, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:  
1. Wie gelangen wir zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen? Referent Adolf Cohen. 2. Diskussion.  
In dieser Versammlung muß jeder in obiger Branche beschäftigte Arbeiter und jede Arbeiterin erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

Auf nachstehende neu errichteten resp. veränderten Poststellen machen wir aufmerksam:  
Adlershof: Benkert, Sadenbergstraße 1.  
Friedenau: Grube, Zudenrauschstr. 71.  
Reinickendorf: Reinhardt, Hauptstr. 48.  
Rixdorf: Köpke, Hermannstr. 27.  
Berlin NO.: Späth, Weinstr. 28.

## Achtung! Maurer! Achtung!

Das durch vollzählendes Verbot inhibierte 130/3  
**III. Stiftungsfest der Zahlstelle Pankow**  
vom 10. d. M. findet bestimmt statt am **Sonntag, den 17. d. M.**, im Lokale von C. Blaurock, Wollaustraße 113. Wir bitten alle Kollegen, Freunde und Genossen um zahlreiche Beteiligung.  
Die ausgegebenen Billets behalten ihre Gültigkeit.  
Das Komitee.

## Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag, den 18. August, vormittags 10 Uhr:

## Mitglieder = Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend

im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstraße 20 (gr. Saal).

Tages-Ordnung:  
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Anträge und Wahl eines Delegierten zum 5. Kongress. 3. Gewerkschaftliches. 257/17  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder.  
Der Vorstand.

## Zischler-Verein zu Berlin.

Sonntag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum Sommerfest in der 'Reiten Welt'.  
NB. Das Sommerfest wegen fällt die Versammlung am 24. August aus, die nächste findet Sonntag, den 7. September, statt.  
199/11 Der Vorstand.

## Achtung! Vergolder! Achtung!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin.

(225/12)

Montag, den 19. August, abends präc. 8 Uhr,

in den Arminkallen, Kommandantenstraße 20 (großer Saal):

## Mitglieder = Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Stabsverordneten Adolf Hoffmann über: **Simmel, Höhe und deren Bewohner.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Quartal 1901. 4. Beschiedenes.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und erwartet einen zahlreichen Besuch, besonders der Frauen.  
Der Vorstand.

## Konsum-Verein Berlin-Nord

(G. G. m. b. H.) Vineta-Platz 1

eröffnet Mitte September 3 neue Verkaufsstellen

Bildowstr. 29, Willestr. 31, und Gartenstr. 3

und erlauben wir die Freunde der Konsum-Genossenschaft, entsprechendes Material zur Aufnahme neuer Mitglieder bei uns in Empfang zu nehmen. 264/2  
Der Vorstand. Tutzauer, Schaefer.

## Achtung! Tischler Berlins! Achtung!

Sonntag, den 18. August, sind es dreißig Jahre, daß der erste Streit der Tischler in Berlin (im Jahre 1871) zur glänzenden Durchführung kam. Zur Erinnerung an den großen Kampf lade ich, namentlich die alte Garde, zu einer **Morgensprache** beim Glase Bier im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, bei schönem Wetter im Garten, bei ungünstigem im Saale ein.  
Wilhelm Schmitz genannt Lukas.

## Verband des technischen Bühnen-Personals.

Sonnabend, den 17. d. M., abends 11 Uhr, Neue Köhlerstraße 3:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die Organisation des Verbandes. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Besuch bittet  
Der Vorstand. 100/7

## Achtung! Turner. Achtung!

Heute abend 8 Uhr eröffnet der Turnverein „Fichte“ (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes) seine **II. Männer-Abteilung** in der Gemeindefeul-Turnhalle Fürbringerstraße 33/31. Turnzeiten jeden Dienstag- und Freitagabend 8-10 Uhr. Um recht regen Zuspruch bittet  
Der Vorstand. 288/17

Das Stiftungsfest der Zimmerer Charlottenburgs findet nicht am 17. August, sondern an einem späteren Tage statt. Der Tag wird noch bekannt gegeben.  
Der Vorstand.

Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- und Flegelwägen, wagen, Holzerbeuten, Kinderklopp, Hütle, Triumphhütle, Krautwagen für Erwachsene und Kinder, auch feine, Eisen-Verteiler in jeder Größe. Größte Auswahl. Preise außerordentlich billig, auch Teilzahlung.

**A. W. Schulz,**  
N. Brunnenstr. 95, vis-à-vis Hauptbahnhof Berlin.  
Verkauf 2. Hof im Hofgebäude. Musterbuch gratis. 1876/8

**Möbel** Solide - Keil - Billig. Coulaute Bedingungen gegen Bar oder Teilzahlung. 2110/8

**Wilhelm Misch,** Gr. Frankfurterstraße 45/46.

# Hermann Meyer & Co.

Fruchtstraße 74.

Liqueurfabrik, Weingrosshandlung, Fruchtsaftpresserei, Mineralwasser- und Schaumwein-Fabrik.

## Sommer-Getränke:

- Selters, große Flasche . . . . . 5 Pf.
- Sauerstoffwasser, ärztlich empfohlen . . . . . 10 Pf.
- Branjelimonaden (Himbeer, Zitronen etc.) . . . . . 10 Pf.
- Maitrank, 1/2 Hl. . . . . 40 Pf.
- Schäumender Maitrank, 1/2 Hl. . . . . 25 Pf.
- Schäumende Liebe, 1/2 Hl. . . . . 25 Pf.
- Gesundheits-Äpfelwein, 1/2 Hl. . . . . 25 und 30 Pf.
- Johannisbeer-, Stachelbeer-, Heidelbeerwein, 1/2 Hl. . . . . 65 Pf.
- Brombeerwein, 1/2 Hl. . . . . 75 Pf.

## Fruchtsäfte

in feinsten Raffinade eingekocht.

I. Qualität: Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, Erdbeer-, Zitronensaft 1/4 Literl. 1,30 M.

II. Qualität: Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, Erdbeer-, Zitronensaft 1/4 Literl. 0,90 M.

Fruchtsäfte roh, frische Pressung zum Selbstkochen: Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft a Literflasche 1,00 M. Zitronensaft, roh, haltbar, zum Hausgebrauch und zur Kur, 1/4 Literflasche 1,50 M. (Alles erst. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.)

Wiederverkäufer erhalten bei größeren Abnahmen Rabatt. - Versand nach auswärts unter Nachnahme. - 2055/8

In Berlin und Vororten von 1,50 M. ab frei Haus.  
Zu gleichen Preisen sind alle Waren in unsren 250 Niederlagen in Berlin und den Vororten erhältlich.

## Bekanntmachung

der Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Zinn-gießer hier.

Wir bringen hiermit die vom Bezirksausschuss genehmigte XII. Abänderung zu unserm Statut zur gefälligen Kenntnis:  
Artikel I.  
XI. Abänderung Ziffer 1 bis 4 wird wie folgt abgeändert:  
Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen 3/4 Proz. des in § 12 des Statuts festgesetzten Tagelohns, und zwar  
1. für männliche Kassenmitglieder über 15 Jahre ausschließlich der Lehrlinge 60 Pf.,  
2. für weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahre 30 Pf.,  
3. für männliche Kassenmitglieder unter 15 Jahren und für Lehrlinge 27 Pf.,  
4. für weibliche Kassenmitglieder unter 15 Jahren 21 Pf.

Diese Abänderung tritt am ersten Montag nach der vorchriftsmäßigen Bekanntmachung desselben in Kraft. Berlin, den 15. August 1901. 2027b Der Vorstand.

## Brauerei

**K. Gregory,** Badstr. 67 u. Hochstr. 21-24, Detonum G. Bepel.

Empfehle meine hocheleganten Säle. 300 Personen fassend, für Vereinsfestlichkeiten. 1840/8  
Im Garten: Gr. Freikonzert.

## W. Münzers Ball-Salon

und Garten Rixdorf, Ansebest 113, Hermannstr. 119, empfiehlt seinen Saal (6000 Person. fassend) und schönen Natur-Garten zu Festlichkeiten und Versammlungen. Jeden Sonntag: BALL.

## Herren-Anzüge,

Paletots u. Rob. eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert  
Landshorgerstr. 13 pr.  
**J. Aursberg,** Teilzahlung gestattet.  
Holzmattstr. 20. Bäckerei, auch für andre Zwecke, zu vermieten. 2046/8

## Charlottenburg.

M. Scherberg 1874/8  
Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.  
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen

# Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**  
Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag, den 19. August, 40,00 bis 65,00, neue von 65,00 bis 120 Mark; Ausbeute billiger wie jede Konfirmation. Taefel, Bernauerstraße 21. 2022/8

**Strohrennen.** neu, hochberleht, verkauft Grad, Raristr. 103, Charlottenburg. 7144/8

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anziehung, vollständig 1,00 fünfjährige Garantie. Thurnstr. 39, Bernauerstraße 49, (auch Postkarte).

**Kinderwagen.** Sportwagen, Nicotinauswahl, Jagar Hobu, Invalidenstraße 100, Brandenburgerstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 728/8

**Nähmaschinen.** Adler, Strana, Schnellnäher, Ringschiff, sowie Wasch- und Bringsmaschinen auf Teilzahlung. Krieg, Slattnerstraße 138. 744/8

**Nähmaschinen** und Feiner-Beschreibung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 867/8

**Wasserkraftbier,** blattbildend, für Blutarmer, Brustkrank, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Weichheit, Farbe, Aberration, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene. Richt Glasenzahl, Qualität entspricht. Portierkeller, Ringler, Bernauerstraße 119. 116/8

**Nähmaschinenlager** sämtlicher Systeme ohne Anziehung, Woche 1,00 Lieferung sofort, Landshorgerstraße 82

**Kinderbettstelle** verkauft billig Dietrich, Brandenburgerstraße 66, Seitenflügel II. 2025/8

**Fahrräder,** verfallene, prima Wartemäder, billig wegen fallender Saison. Günstigster Gelegenheitskauf in allen Preislagen. Fahrräder-Verkaufhaus Neue Schönhauserstraße 11.

**Patentanwalt** Danmann, Moripplay 57, Auskunft bis abends 787/8

**Anfertigung** eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Marcu, Kleine Frankfurterstr. 20. \*

**Wer Stoff hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterfaden 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. (Bitte Namen beachten!) 2900/8

**Augustabad,** Köpckestraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 736/8

**Die gegen den** Restaurateur Herrn Ernst Corinth, Baumgartenweg, Baumgartenstraße 72, gethane Vernehmung nehme hiermit zurück und erkläre dieselbe für unwahr. Baumgartenweg, den 12. August 1901. Paul Stuy.

**Achtung!** Wernau's Heffale, Schwedterstraße 23/24. Sonnabende an Vereine zu vergeben. Säle zu Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. Coulaute Bedingungen 787/8

**Vereinszimmer** mit Piano zu vergeben, passend für Musikvereine. Rudolf Jurran, Raumstr. 88. \*

**Bon 25 Mark** an feine Anzüge und Paletots nach Maß. Wer Stoff hat, liefert ich für 15. S. Bewlowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 220.

**Teilnehmer** für mein gut möbliertes Ballzimmer gesucht. Frau Jacoben, Colbergerstraße 26, vorn III.

**Arbeitsmarkt.**  
Stellengesuche.  
Bilder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gelehrt, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Wollaustraße 27, U. Glöckler.

**Stellenangebote.**  
Tüchtiger Kaufmann auf Gold-leisen verlangt, Wiegnerstraße 15.